

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SB - Oslo

Wehren, Ref.

B 145

Oslo, den 19. September 1942

Tgb.Nr.: 31/42 g

107545

AWIIa

Geheim!

62

Cheriff

A.O.K. Norwegen (1c)
Eing: 24. SEP. 1942
Nr.: 4280 / 42g
Anl. 2x

14.9. 1 x We Wi. Stab

Meldungen aus Norwegen

Nr. 45

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

~~Geheimlich~~

Inhaltsübersicht.

A - Allgemeine Lage.

- a) Stimmung.
Seite: 1 - 2
- b) Innerpolitische Entwicklung.
Seite: 3 - 8

B - Gegner.

- a) Allgemeine Widerstandsbewegung.
Seite:
- b) Kommunismus und Marxismus.
Seite:
- c) Kirche.
Seite:

C - Lebensgebiete.

- a) Nasjonal Samling.
Seite: 21 - 24
- Norwegische Legion
Seite: 25 - 26
- Germanische SS Norge
Seite: 27 - 28
- c) Kulturelle Gebiete
- | | | |
|--------|---------|-----------------------------|
| Seite: | 29 - 32 | Hochschule und Wissenschaft |
| Seite: | 33 - 34 | Schule |
| " | 35 - 41 | Film |
| " | 42 | Theater |
| " | 43 - 47 | Presse |
| " | 48 - 50 | Rundfunk |
| " | 51 - 52 | Propaganda |
- d) Verwaltung und Recht.
Seite: 53 - 57
- e) Wirtschaft.
Seite: 58 - 66.

Anlage: Zum Schulteil.

A - Allgemeine Lage.

a) Stimmung.

Die stimmungsmässigen Nachwirkungen des britischen Landungsversuches bei Dieppe sind z.Zt. jedenfalls noch in soweit spürbar, als sich die Enttäuschung über das englische Versagen bei diesem Unternehmen und die Überraschung über den energischen deutschen Widerstand als nachhaltig erwiesen haben. Die erst geradezu hemmungslose Freude sowie die jeder Realität mangelnden Vorstellungen von der militärischen Tragweite dieses alliierten Unternehmens sind inzwischen der allgemein üblichen Auffassung gewichen, dass es sich hierbei lediglich um eine "Generalprobe" für die Herstellung der zweiten Front gehandelt habe. Diese Feststellungen können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das englische Prestige einen weiteren Schlag erlitten hat.

Dagegen ist das Ansehen der Vereinigten Staaten - als dem eigentlich kriegsentscheidenden Faktor - hiervon unberührt geblieben. Nach wie vor gelten die USA als diejenige Macht, die letzten Endes dem Kriege die entscheidende Wendung geben wird. Die anhaltende Gerüchtbildung über eine bevorstehende Invasion sowie die üblichen Kombinationen über den zukünftigen Kriegsverlauf knüpfen daher weiterhin an der angeblichen material- und menschenmässigen Überlegenheit der USA an.

Weiteren Stoff beziehen die Hoffnungen auf einen endgültigen Sieg der Alliierten aus den Nachrichten über den zähen Widerstand der Sowjetrussen bei Stalingrad. Dabei ist aber doch festzustellen, dass - trotz der von gegnerischen Kreisen betriebenen Propaganda - der Kampf der Sowjetrussen eigentlich keine Sympathie genießt. Das vielfach bewusst unterdrückte, aber trotz alledem insbesondere in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen vorhandene Misstrauen gegen die Sowjetunion ist nach Meldungen aus Oslo und Umgebung durch die Presse-Kampagne anlässlich der Verurteilung mehrerer Kommunisten durch das H- und Prolizegericht in Oslo (siehe hierzu Teil "Presse" der vorliegenden "M.a.N.") sowie durch die z.Zt. in Oslo laufende Ausstellung "Das Sowjetparadies" vertieft worden. Jedoch ist selbst in denjenigen Kreisen, die keine Sympathien für die

Sowjetunion hegen, eine Genugtuung über den Widerstand der Sowjetrussen bei Stalingrad zu bemerken. Nach einer Meldung aus Bergen erklärt man, dass Stalingrad in diesem Kriege die= selbe Bedeutung erhalte, welche in dem vorigen Kriege Verdun zugekommen sei. Deutschland - und hoffentlich auch die Sowjet= union -, so meint man, würden sich in diesem Kampf verbluten, sodass der endgültige Sieg den Westmächten in den Schoss falle.

Die Haltung der Arbeiterschaft zur Sowjetunion lässt sich auf Grund des vorliegenden Materials nicht genau überblicken. Aus Bergen wird hierzu gemeldet, dass die letzten gegen Kommunisten ergangenen Todesurteile Erbitterung in der Arbeiterschaft ausgelöst hätten. Im allgemeinen stehen jedoch nach den eingegangenen Berichten im Vordergrund des Interesses der Arbeiterschaft Ernährungs- und zum grossen Teil auch Lohnprobleme. Wie weit die in diesem Zusammenhang geäusserte, häufig sehr bittere und erregte Kritik an dem gegenwärtigen Regime bereits auf die Haltung der Arbeiterschaft zur Sowjetunion abgefärbt hat, lässt sich z.Zt. nicht genau feststellen. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu erwähnen, dass nach fast einheitlichen Meldungen aus allen Teilen des Landes die Londoner Regierung Nygaardsvold auch innerhalb der Arbeiterschaft nur wenig Anhänger hat. Die Einführung der sogenannten Arbeitskarte ist von den Arbeitern mit Zustimmung aber doch auch mit abwartender Zurückhaltung aufgenommen worden.

Von stark stimmungsmässiger Bedeutung war während der Berichts= zeit vor allen Dingen die Einziehung der beschlagnahmten Radio= apparate. Nach übereinstimmenden Berichten aus allen Teilen des Landes hat diese Massnahme - die fast überall als ein Wortbruch aufgefasst wird - grösste Empörung ausgelöst und darüberhinaus deutschfeindliche Tendenzen in Kreisen der Nasjonal Samling fühlbar vertieft.

b.) Innerpolitische Entwicklung.

Die in führenden NS- und Parteikreisen bis vor kurzem vielfach geäußerte Hoffnung, daß die innerpolitische Entwicklung im Herbst diesen Jahres im Gegensatz zu der des Vorjahres (Ausnahmestand am 10. September 1941) einen ruhigen Verlauf nehmen werde, hat inzwischen durch die von der illegalen Flugzeitung "Fri Fagbevegelse" ausgegebene Kampfparole eine gewisse Einschränkung erfahren, deren Umfang sich allerdings z.Zt. noch nicht übersehen läßt.

Die Hoffnungen auf eine ruhige innerpolitische Entwicklung stützten sich im wesentlichen auf die Tatsache, daß die Wiederaufnahme des Schulbetriebes nach Beendigung der Sommerferien entgegen verschiedener Befürchtungen überall reibungslos verlaufen ist.

Ferner erhoffte man sich von der Einführung der Arbeitskarte auf jeden Fall eine zunächst abwartende Haltung der Arbeiterschaft.

Auf kirchenpolitischem Gebiet sind mittlerweile zwar die zwischen der sogenannten "Vorläufigen Kirchenleitung" (Professor Hallesby und Domprobst Hygen) und dem Departement für Kirche und Erziehung geführten "Friedensverhandlungen" gescheitert. Man meint jedoch, daß eine weitere Zuspitzung des Kirchenkonfliktes vorläufig nicht zu erwarten sei.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens haben die bei der Zahnärztlichen Hochschule vorgenommenen Änderungen im Lehrkörper sowie die an der Handelshochschule Bergen seitens der NS getroffenen Maßnahmen zur stärkeren Förderung der der Partei angehörenden Studenten keine innerpolitisch fühlbare Reaktion ausgelöst.

Die in führenden NS- und Regierungskreisen geäußerten Hoffnungen auf eine verhältnismässig ruhige innerpolitische Entwicklung erschienen umso berechtigter, als die gegnerische Propaganda seit Frühjahr diesen Jahres mangels einer neuen zugkräftigen

innerpolitischen Propaganda-Parole gezwungen war, ständig auf der Stelle zu treten.

Die Vorsicht, die die Regierung nach ihren Erfahrungen insbesondere im Lehrerkonflikt bei ihren Gleichschaltungsbestrebungen auf dem Gebiet des Berufsverbändewesens walten ließ, machte sich in der gegnerischen Propaganda in der Weise bemerkbar, daß diese gezwungen war, sich ständig wiederholend auf die Ereignisse des Lehrerkonflikts und der hiermit in engem Zusammenhang stehenden Umstände und deren Bedeutung hinzuweisen. Es war deutlich zu erkennen, daß es der gegnerischen Propaganda an einem Stoff mangelte, an Hand dessen sich die Stimmung der breiten Masse im gegnerischen Sinne aktivieren ließ.

Entgegen diesen Überlegungen hat nunmehr die illegale Flugzeitung "Fri Fagbevegelse" unter Verwendung der seit Frühjahr ds. Js. ständig wiederholten Behauptung, die Regierung beabsichtige aus Vertretern der Berufsverbände - insbesondere der Gewerkschaften - einen Riksting zu bilden, mit dessen Hilfe der Selbstständigkeitsanspruch des von NS geleiteten Norwegens sich durchsetzen lasse und schließlich eine Mobilisierung der norwegischen Jugend gegen die Alliierten durchgeführt werden könne, die Arbeiterschaft dazu aufgefordert, aus den Gewerkschaften auszutreten.

In der Flugblattzeitung heißt es hierzu u.a.:

"Da wir uns dem ersten Jahrestag der Ermordung unserer zwei besten Kameraden und der endgültigen Knebelung der Fachorganisation im Lande nähern, bereitet die Nasjonal Samling eine neue brutale Beleidigung gegen die ganze norwegische Arbeiterklasse vor. Sie wollen versuchen einen "Riksting" für den 25. September 1942 einzuberufen. Auf diesem Ting sollen Repräsentanten aller Verbände der Landesorganisation erscheinen. Der Name der Arbeiterklasse soll eine neue Grundlage für die Quislingverwaltung schaffen. Was bedeutet der Riksting Quislings? Entsprechend dem Programm der NS soll ein Riksting auf Organisationen aufgebaut werden, die das ganze Volk

umfassen... Wenn es der NS glückt, das Volk in derartige Organisationen zu zwingen, die sich auf dem Riksting repräsentieren lassen, werden die Deutschen dieses als eine gesetzliche Grundlage für die Quislingbewegung anerkennen. Quisling wird dadurch freie Hand bekommen, um mit Deutschland Frieden schliessen und die norwegische Jugend zum Kriegsdienst gegen unsere Alliierten mobilisieren zu können. Schon früher hat Quisling einmal versucht, eine derartige Entwicklung zu erzwingen. Es war nach dem 1. Februar ds.Js. Damals wurde er von dem heldenmütigen Widerstand der Lehrer daran gehindert...

Diesmal sind wir es - die fachorganisierten Arbeiter Norwegens - die die Hauptverantwortung für das Scheitern von Quislings Riksting-Plänen tragen. Das können wir dadurch machen, daß alle Fachorganisierten im Lande Briefe an ihren Verband senden, daß ihre Mitgliedschaft in der Fachlichen Landesorganisation aufgehört hat und damit jede Beitragszahlung eingestellt wird. Sollten wir vielleicht schlechter sein als unsere Lehrer, Priester, Juristen, Schiffsreeder und alle die, die schon vorher den Kampf aufgenommen haben?"

Die Frage nach der aktuellen Notwendigkeit der Demonstration gegen die Riksting-Pläne Quislings, - die ja den ganzen Sommer über bereits bekannt waren, - beantwortet das Flugblatt mit der Wiedergabe zweier Briefe des Innendepartements an Minister Blehr bzw. den Wirtschaftsbeauftragten der NS Direktor Whist, aus denen hervorgeht, daß, "wenn es sich machen läßt", der Riksting am 25. September 1942 zusammengerufen werden soll.

Nach den im Laufe des Sommers sowohl in Oslo als auch in der Provinz gemachten Beobachtungen hat die von gegnerischer Seite betriebene Propaganda gegen die Riksting-Pläne der Nasjonal Samling in der Arbeiterschaft keine sonderliche Reaktion ausgelöst. Als weit dringlicher wurden allgemein Ernährungs- und Lohnprobleme empfunden, wobei allerdings zu bemerken war, daß die Abneigung gegen die Gewerkschaften - teilweise ebenfalls aus finanziellen Gründen - immer stärker in Erscheinung trat.

Man wies in zunehmendem Maße darauf hin, daß die Beitragszahlungen für die Gewerkschaften ihren Sinn verloren hätten, daß die eingehenden Gelder nur dazu benutzt würden, den immer größer werdenden Angestelltenstab der Fachlichen Landesorganisation - "die Bonzen" - zu bezahlen oder gar die NS-Propaganda zu finanzieren.

Nach den bisherigen Feststellungen über den Umfang der durch den Aufruf von "Fri Fagbevegelse" ausgelösten Austrittsbewegung haben vorläufig nur verhältnismässig wenig Arbeiter ihren Austritt erklärt. In Oslo sind es bisher etwa 600 Arbeiter. Dabei wurde auch beobachtet, daß in der Arbeiterschaft der in "Fri Fagbevegelse" angegebene eigentliche Grund für die Austrittsbewegung "Protest gegen die Rikstingpläne Quislings" - nur wenig Resonanz gefunden hat, während die in dem Flugblatt ebenfalls wiedergegebene Kritik gegen die Existenzberechtigung der Gewerkschaften fast allgemein als richtig anerkannt wird.

In führenden NS- und Regierungskreisen sieht man der durch den Aufruf von "Fri Fagbevegelse" ausgelösten Entwicklung schon mit Rücksicht auf den bevorstehenden Reichsparteitag mit besonderer Spannung entgegen. Teilweise gibt man der Befürchtung Ausdruck, daß Maßnahmen nötig werden könnten, die die Durchführung des Parteitages in Frage stellen würden.

Man unterstreicht übrigens in diesem Zusammenhang, daß das Aufgeben des Planes, den Riksting am 25. September ds.Js. durchzuführen, nichts mit der Demonstration der Arbeiterschaft zu tun habe.

Im übrigen ist z.Zt. in führenden NS- und Regierungskreisen eine zum Teil starke Beunruhigung über die innerparteiliche Situation sowie über die Entwicklung des deutsch-norwegischen Verhältnisses festzustellen.

Man erklärt, daß die in der Partei umgehende Gerüchtbildung über Korruptionsangelegenheiten sowie die Folgen der anhaltenden Klikenbildung wie schließlich die Einziehung der

beschlagnahmten Rundfunkapparate und die insbesondere in Oslo rigorosen Methoden bei der Werbung für die Norwegische Legion und Waffen-SS eine Stimmung geschaffen hätten, deren bedenkliche Auswirkungen sich noch vertiefen würden, wenn erst bekannt werde, daß die allgemein zum 25. September erwarteten Ereignisse - Abschluß eines Vorfriedensvertrages mit Deutschland, Einsetzung Quislings als Staatsführer, Abberufung des Reichskommissars usw. - nicht eintreten würden. Es wurde innerhalb der Regierung mit Rücksicht auf diese Situation ernsthaft die Frage erörtert, ob man mit der Durchführung des Reichsparteitages die Gefahr auf sich nehmen solle, daß die insbesondere in der Osloer Parteimitgliederschaft herrschende pessimistische Stimmung in die Ortsgruppen der Provinz hinausgetragen werde. Man hat sich jedoch dazu entschlossen, an der Durchführung des Reichsparteitages festzuhalten, eben weil die stimmungsmässige Situation innerhalb der Partei eine Neuausrichtung der Mitglieder im Verhältnis zur Parteiführung ebenso wie im Verhältnis zu Deutschland notwendig erscheinen lasse.

Der inneren Vertrauenskrise hofft man im wesentlichen dadurch begegnen zu können, daß man allen Korruptionsgerüchten in energischer Weise nachgeht. Eine endgültige Bereinigung der Partei sowohl in dieser Beziehung als auch in Beziehung auf das Klikenwesen machen die Kreise um Fuglesang, Lunde, Riisnäs usw. jedoch von der endlichen Entfernung Minister Hagelins und Reichsökonomiechef Throndsens abhängig. Man läßt in diesen Kreisen hierzu aber durchblicken, daß man sich zur Durchsätzung dieses Wunsches alleine nicht stark genug fühlt, sondern deutscher Hilfe bedürfe.

Bei der Beurteilung des deutsch-norwegischen Verhältnisses weist man in führenden Partei- und Regierungskreisen nach wie vor auf die entscheidende Bedeutung der Souveränitätsfrage hin. Jedoch ergeben sich bei der Erörterung der aktuellen Bedeutung dieses Problems Meinungsunterschiede.

Einige der führenden Persönlichkeiten sehen in der Souveränitätsfrage das entscheidende Problem nicht nur für die Durchsetzung der Nasjonal Samling in Norwegen sondern auch für die Herstellung eines aufrichtigen Verhältnisses mit Deutschland. Von diesen Parteiführern wird z.Zt. resigniert festgestellt, daß die Erörterung der Souveränitätsfrage unter den gegenwärtigen Umständen wenig Zweck habe. Man müsse eben sehen, wie man propagandistisch ohne sie durchkommen werde.

Andere Parteiführer bezeichnen die Souveränitätsfrage zwar ebenfalls als die wichtigste, z.Zt. aber nicht dringlichste Frage für die innerparteiliche Entwicklung. Von dieser Seite wird die Bereinigung der Partei von dem hemmenden Klikenwesen und der zerstörenden Korruptions-Gerüchtbildung als das im Augenblick dringlichste Problem bezeichnet. Propagandistisch müsse die Partei auf die Herausstellung des großgermanischen Gedankens umgestellt werden und praktischpolitisch müsse versucht werden, ein positiveres Verhältnis zu der deutschen Zivilverwaltung herzustellen.

B - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung;

Die weiteren Untersuchungen über die Bestrebungen der illegalen Widerstandsfrent, die Hersteller und Verbreiter illegaler Zeitungen einer zentralen Leitung zu unterstellen, führten zu der Feststellung, daß die Herausgeber der Jössinger-Zeitungen und der marxistischen Zeitungen bereits Hand in Hand arbeiten. In diesem Zusammenhang konnten Festnahmen durchgeführt werden (s. Teil b).

Im Anschluß an die Aushebung der Hersteller und Verbreiter der illegalen Zeitung "Jössing" und "Frihet" in Stavanger wurden dort 63 Personen festgenommen. In Fredrikstad wurden wegen Herausgabe illegaler Zeitungen 36, in Oslo 7, in Drontheim 5 und in Bergen 1 Person in Haft genommen.

In letzter Zeit war bekannt geworden, daß an einigen Orten versucht wurde, eine militärisch ausgerichtete Organisation "Kongshird" aufzubauen. In Kristiansand konnten zum ersten Mal konkrete Feststellungen über das Bestehen einer solchen Organisation gemacht werden. Es wurden in diesem Zusammenhang 18 Personen festgenommen. Ihre Vernehmungen ergaben, daß die dortige Gruppe des "Kongshird" begonnen hatte, ihre Angehörigen im Gebrauch von Maschinenpistolen, Handgranaten englischen Modells und Pistolen auszubilden. Eine Maschinenpistole, eine Handgranate und eine Pistole wurden sichergestellt.

Die Vernehmungen der in den vergangenen Wochen festgenommenen Angehörigen der Militärorganisationen in Oslo, Östfold und Westfold führten zur Feststellung weiterer Angehöriger dieser Organisationen und zu deren Festnahmen. Im Kommandeurbereich Drontheim konnte in Molde eine gut organisierte Widerstandsgruppe aufgedeckt werden, die unter Führung des früheren norwegischen Oberst T h u e

und seiner beiden Söhne, die früher dem norwegischen Heer als Leutnante angehörten, stand. In Majovatn, ungefähr 80 km. südlich Mosjøen, wurde ein zu einer anderen militärischen Widerstandsgruppe gehörendes Waffenlager, das aus 10 Karabinern, 3 Pistolen, 10 Handgranaten, zahlreichen Ausrüstungsgegenständen bestand, ausgehoben. Es kam dabei zu einem Feuergefecht. Bei der Fahndung gegen die Beteiligten wurde ein norwegischer Lensmann mit seinem Gehilfen, der eine verdächtige Personengruppe anhielt, von einem der angehaltenen Norweger erschossen. Die Ermittlungen in dieser Sache halten noch an.

Wa. Meldinger om Norge - 11 -
 nr 45 - 1944
 110: 32a mappes 167345

b.) Kommunismus und Marxismus.

Bei den Festnahmen im April ds. Js. gegen die Mitglieder der kommunistischen Terrorgruppe, die seit Herbst v. Js. Sprengstoffanschläge auf wehrwichtige Bahnstrecken und Betriebe und auf die Osloer Bahnhöfe durchgeführt hatte, wurden zwar die meisten Mittäter festgenommen, doch konnten die drei Haupttäter "Osvald", "Dagfin" und "Ole" noch nicht gefaßt werden. Die in den letzten Meldungen berichtete Festnahme einer Kommunistin in der Nähe von Horten führte, nachdem bereits die richtigen Namen des "Dagfin" und "Ole" festgestellt worden waren, nunmehr auch zur Identifizierung des Haupttäters und Führers der kommunistischen Terrorgruppe "Osvald". Es wurde ermittelt, daß sich unter diesem Decknamen der am 27. Oktober 1909 in Horten geborene frühere Seemann und Gelegenheitsarbeiter Asbjörn S u n d e verbarg. Nach der Festnahme seiner Ehefrau konnten neue Hinweise über frühere Schlupfwinkel, in denen sich Sunde verborgen hatte, und über weitere Angehörige der Terrorgruppe, in Erfahrung gebracht werden. Sie führten in den Morgenstunden des 21. August zu der Aufdeckung der Stelle, an der die Sprengkörper hergestellt wurden, die bei den Anschlägen verwendet worden waren. Es war die Wohnung des Kommunisten, Gelegenheitsarbeiter Sigurd Pæder H a n s e n , Oslo, Uelandsgate 57 K. In ihr wurde auch der unter dem Decknamen "Dagfin" bekannte Kommunist, Alf Kristiansen, einer der drei Hauptakteure bei den Sprengstoffanschlägen vorgefunden und, nachdem er vergebens versucht hatte, unter Anwendung von Gewalt zu fliehen, zusammen mit dem Wohnungsinhaber H a n s e n festgenommen. In der Wohnung wurde ein umfangreiches Lager von Gegenständen vorgefunden, die zu der Herstellung von Sabotagemitteln gedient hatten. Zwei Stunden nach dieser Festnahme erfolgte in den Diensträumen des Oslo/Aker-Kontors der norwegischen Staatspolizei, die sich im 6. Stockwerk eines Bürohauses in der Henrik Ibsensgate in Oslo befinden, eine Explosion, durch deren Folgen

drei Angehörige der norwegischen Staatspolizei verletzt wurden. Einer der Verletzten, der als besonders eifrig und deutschfreundlich bekannte und in Gegnerkreisen deshalb besonders verhaßte norwegische Staatspolizist Arne T o f t e b e r g , starb drei Stunden nach der Einlieferung im Krankenhaus.

Alf Kristiansen wurde sofort über seine Beteiligung und die Mittäter an diesem Anschlag befragt. Nach hartnäckigem Leugnen gab er zu, diesen Anschlag selbst zusammen mit Sunde und einem anderen Angehörigen der kommunistischen Terrorgruppe unternommen zu haben. Die sofort aufgenommene Fahndung nach den Tätern führte zur Feststellung, daß an dem Anschlag neben dem Führer der Terrorgruppe "Osvald" noch vier kommunistische Arbeiter unmittelbar und ein Taxifahrer mittelbar beteiligt waren. Von ihnen konnten neben Kristiansen und Hansen noch der Rohrleger Haakon E r i k s e n und der Taxifahrer Henrik Anders H ö g l u n d festgenommen werden. Gegen die am Anschlag beteiligten noch flüchtigen Asbjörn S u n d e und Petter B r u u n wurde eine Großfahndung durch Aussetzung einer Belohnung von Kr. 100 000.- und Presseveröffentlichung unternommen. Die Vernehmungen der festgenommenen Täter führten zu folgenden Feststellungen:

S u n d e , der Führer der kommunistischen Terrorgruppe, hatte nach Festnahme eines großen Teils seiner besten Komplizen im April ds.Js. neue Angehörige der Terrorgruppe geworben und zur Ausführung von Sprengstoffanschlägen ausgebildet. Die in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 43 mitgeteilte Vermutung, daß der am 17. Juli 1942 verübte Sabotageanschlag gegen einen Betrieb in der Göteborggate in Oslo von Angehörigen der bekannten kommunistischen Terrorgruppe ausgeführt worden war, bestätigte sich. "Osvald" hatte den Anschlag zusammen mit drei anderen ausgeführt. Den Anschlag in der Henrik Ibsensgate unternahm er in der Nacht vom 20. zum 21. August zwischen 12,00 und 1 Uhr. Er selbst brachte zusammen mit Kristiansen die

Sprenganlage unter einem der Schreibtische an, die sich in dem Dienstzimmer der als besonders eifrig bekannten norwegischen Staatspolizisten, Torhus, Dønnum, Tofteberg und Vogt befanden. Neuartig war die Anlage der Zündvorrichtung, die außer der üblichen Taschenlampenbatterie und zwei Sprengkapseln aus einem Federkontakt bestand, der durch ein dazwischengeklemmtes Zündholz unterbrochen war. An das Zündholz war ein Zwirnsfaden gebunden, der mit der Schnur des Hörers so verknüpft war, daß er sich bei dessen Abheben spannte, das Zündholz aus der Klemme holte, den Kontakt auflöste und damit die Explosion verursachte. Die 5 Attentäter nahmen aus dem Zimmer, in dem sie den Anschlag ausführten, von ihnen ausgesuchte Karteien und Akten mit.

Aus Anlaß des Anschlages in der Henrik Ibsensgate wurde sofort das Verfahren gegen die im April 1942 festgenommenen Angehörigen der kommunistischen Terrorgruppe an das SS- und Polizeigericht "Nord" abgegeben. Dieses verurteilte am 27. August 1942 Reidar Kristoffersen, Carl Johan Jacobsen, Bjarne Hansen, Thorleif Andresen, Karl Fridthjof Schei zum Tode, Björn Horgen zu 5 Jahren Zuchthaus, Alf Johan Gunerud zu 3 Jahren Zuchthaus und Oddvar Lykke-Juritzen zu 2 Jahren Zuchthaus.

Am 4. und 5. September wurde außerdem das Verfahren gegen die 3 festgenommenen Haupttäter des Anschlages in der Henrik-Ibsensgate vor dem SS- und Polizeigericht "Nord" durchgeführt. Das Gericht verurteilte Alf Kristiansen fünfmal, Hansen dreimal zum Tode und Eriksen einmal zum Tode und zu 5 Jahren Zuchthaus.

Die Vernehmungen der festgenommenen Angehörigen der Terrorgruppe "Osvald" ergaben, daß auch Verbindungen dieser Gruppe zu illegalen kommunistischen Kreisen in Kristiansand bestanden. Infolge der umfassenden Fahndungen nach illegal in Oslo lebenden Kommunisten konnte ein Kurier der Gruppe

Kristiansand gestellt und nach seiner Vernehmung die gesamte, aus 40 Mann bestehende Gruppe in Kristiansand ausgehoben werden.

Die Vernehmung des am Anschlag in der Henrik Ibsensgate in Oslo beteiligten Peder H a n s e n führte zu der Feststellung, daß dieser auf dem Flugplatz Vaernes bei Drontheim, wo er beschäftigt gewesen war, bereits in einem Kesselhaus Sprengmaterial, nämlich eine mit Dynamit gefüllte Konservendbüchse und eine fertige Zündeinrichtung gelagert hatte, um damit Anschläge gegen Hallen, Benzinleitungen und Flugzeuge ausführen zu können. Die Untersuchung darüber, ob Hansen an dem bekannten Anschlag auf die Condor-Maschine auf dem Flugplatz Vaernes beteiligt war, ist noch im Gange.

In Oslo hatte die Terrorgruppe "Osvald" Sabotageakte gegen 9 Autoreparaturwerkstätten und Tankstellen, die im Dienst der deutschen Wehrmacht stehen, vorbereitet. Die von "Osvald" für diese Anschläge bereits geworbenen Angestellten der betreffenden Werkstätten und Tankstellen wurden festgenommen. Die Erörterungen haben ergeben, daß die Betroffenen teilweise gefährliche Kommunisten waren. In der Wohnung eines der Festgenommenen lief der seit langem gesuchte norwegische Kommunist Ole K a r l s e n an, der während des spanischen Bürgerkrieges politischer Kommissar bei einer roten Division war und zuletzt illegal bei der Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Oslo gearbeitet hatte. Im Anschluß an diese Festnahme konnte ein wichtiger Kurier gestellt werden, bei dem ein Paket mit illegalen Flugschriften vorgefunden wurde, die Anweisungen für militärische Ausbildung und Nachrichtenwesen enthielten. Aus diesen Anweisungen ist zu ersehen, daß die illegale kommunistische Partei eine militärische Widerstandsorganisation aufbauen will.

Im Zusammenhang mit den Fahndungen gegen illegale Kommunisten konnte weiter auf einer Insel im Bundefjord der seit längerem gesuchte kommunistische Betriebsobmann der Firma Akers Mechanische Werkstatt, Sverre H a n s e n, und ein

anderer, ebenfalls flüchtiger Kommunist aus Oslo und in Oslo und Umgebung mehrere frühere Rotspanienkämpfer festgenommen werden.

Im Zuge der Ermittlungen gegen die Hersteller und Verbreiter illegaler Hetzschriften wurden am 18. und 20. August eine Reihe von Personen festgenommen, die sich in der Hauptsache mit der Verbreitung illegaler Flugschriften marxistischer Tendenz befaßten. Es wurde dabei die Feststellung gemacht, daß einzelne dieser Gruppe den Auftrag hatten, bestimmte Angehörige der Sicherheitspolizei zu beobachten. Durch sorgfältige Kontrolle dieser Beobachter konnten wichtige Festnahmen gemacht werden. U.a. wurde ein führender Mann dieser illegalen Gruppe, der unter dem Decknamen "Trygve" bekannte, unter dem falschen Namen "Olsen" seit einiger Zeit in Oslo mit falschen Ausweispapieren lebende Bruder des bekannten Arbeitersportlers Rolf Hoffmo, Ola Hoffmo, festgesetzt werden. Er versuchte, bei seiner Festnahme Widerstand zu leisten und schoss auf einen der bei der Festnahme beteiligten Beamten, ohne jedoch zu treffen. Bei der Erwiderng des Feuers wurde er verletzt. In seiner Wohnung wurde umfangreiches marxistisches Schrifttum und Propagandamaterial vorgefunden.

c) K i r c h e .

Die Lage auf dem kirchenpolitischen Gebiet war in der Berichtszeit durch umfangreiche Verhandlungen zwischen dem Kirchendepartement und der "Vorläufigen Kirchenleitung" gekennzeichnet. In der zweiten Augushälfte machte der Klokker (Küster) L o t h e aus Lindaas bei Bergen unerwartet im Namen des gesamten westnorwegischen Kirchengvolkes einen Vermittlungs- und Verhandlungsversuch. Er richtete an das Kirchenministerium ein Schreiben mit der Aufforderung, dem norwegischen Kirchenstreit ein Ende zu bereiten und in Verhandlungen einzutreten. Er verlangte die Freilassung und Rehabilitierung Berggravs, stellte jedoch nicht die Bedingung, daß Berggrav die Verhandlungen leiten müsse, wie es früher von der kirchlichen Opposition gefordert worden war.

Das Kirchendepartement ging auf den Vermittlungsvorschlag Lothes ein und es fanden einleitende gemeinsame Besprechungen statt, die seitens der Regierung von Kirchenminister Skancke und Expeditionschef F e y l i n g , von Seiten der Kirchenfront von Dompropst H y g e n und Professor H a l l e s b y , den Vorsitzenden der "Vorläufigen Kirchenleitung", geführt wurden. Bereits diese Zusammenkünfte zeigten, daß das Kirchendepartement zu einem Rückzug bereit war. Als Grundlage für Verhandlungen wurden folgende Punkte aufgestellt:

- 1.) Die kommenden Verhandlungen sollen von allen zurückgetretenen Bischöfen geführt werden.
- 2.) Berggrav soll bedingungslos sofort freigegeben werden.
- 3.) Die Verhandlungen sollen nicht an irgendwelche Bedingungen oder ein bestimmtes Resultat gebunden sein.
- 4.) Die verhandelnden Parteien sollen Gelegenheit haben, die ihnen geeignet erscheinenden Ratgeber hinzuzuziehen.

Diese Punkte wurden auf der Regierungssitzung vom 20. August besprochen, doch verlangten einige Regierungsmitglieder, daß

vor der endgültigen Aufnahme von Verhandlungen eine Erklärung der Kirchenfront vorliegen müsse, daß sie die augenblickliche Regierung anerkenne. Auf die schriftliche Aufforderung zur Abgabe einer derartigen Erklärung antworteten Professor Hallesby und Dompropst Hygen, sie fühlten sich nicht befugt, diese Erklärung abzugeben; dies könne nur durch die Bischöfe als "dem Mund der Kirche" geschehen. Sie erklärten sich bereit, den Bischöfen eine solche Erklärung vorzuschlagen und erbaten zunächst die Erlaubnis zu einer Unterredung mit Berggrav. Minister Skancke sagte zu, sich für das Zustandekommen einer Rücksprache mit Berggrav einzusetzen.

Am 25. August überbrachte Feyling der "Vorläufigen Kirchenleitung" den Text einer von ihm entworfenen Erklärung, die folgenden Wortlaut hatte:

"Im Namen eines Teiles der Pfarrerschaft und der Gemeinden des Landes, die hinter dem Bekenntnis "Der Grund der Kirche stehen", beklagen wir, daß die Reaktion der Kirche gegen das, was wir als Übergriffe der Staatsleitung gegen die Ordnung der Kirche und christliche Lebensanschauung ansehen, in der schwedischen Presse, dem Londoner Radio und gewissen Teilen unseres Volkes als eine Stellungnahme im politischen Kampf des Tages aufgefaßt und im Dienste der politischen Propaganda mißbraucht worden ist.

Unser Kampf ist überhaupt nicht politisch orientiert. Er ist nicht gegen die jetzige Staatsleitung als solche gerichtet. Es ist ausschließlich die Zukunft und Freiheit der Kirche, die es gilt. Es sind die Mißgriffe, die nach unserer Meinung gegen die Kirche begangen worden sind, gegen die wir protestieren und deren Beseitigung wir fordern."

Hygen und Hallesby erkannten zwar das Entgegenkommen an, das in Feylings Formulierung liege, hielten jedoch an ihrer grundsätzlichen Auffassung fest, daß nicht sie, sondern nur die Bischöfe eine solche Erklärung abgeben könnten. Sie erklärten, ihr Mandat als "Vorläufige Kirchenleitung" beziehe sich nur auf innerkirchliche Dinge. Die "Vorläufige Kirchenleitung" sei ein Arbeitsausschuß, aber keine Kirchenführung, die kirchenpolitische Schritte tun könnte. Beide

- 18 -

setzten noch am selben Tage ihrerseits folgenden Entwurf zu einer Erklärung der Bischöfe auf:

"Zufolge Luther nimmt die Kirche nicht Stellung gegen irgendeine Staatsform, ausgenommen die Tyrannei. Damit will Luther gesagt haben, daß die Kirche sich außerhalb der Politik halten soll, daß sie aber gegen die tyrannische Staatsform protestieren muß, weil diese grundsätzlich den Bürgern des Staates ihr gottgegebenes Recht nehmen will, nach ihrer eigenen Überzeugung innerhalb des Rahmens des Gesetzes zu handeln.

Unsere Kirche will auch in diesem Punkte ihrem lutherischen Bekenntnis folgen und die Kirche außerhalb der Politik halten. Sie anerkennt und arbeitet zusammen mit jeder Staatsform, die das Recht der Kirche anerkennt, ihr Leben zu leben und ihre Arbeit zu tun nach Gottes Wort und dem Bekenntnis der Kirche, und die das Recht der Kirche anerkennt, das Gewissen des Staates zu sein, indem sie die Gewissensfreiheit und Rechtssicherung des Volkes schützt. Daher will unsere Kirche auch unsere jetzige Staatsleitung anerkennen, sofern diese das eben erwähnte gottgegebene Recht der Kirche anerkennt.

Wir präzisieren, was wir bei früheren Gelegenheiten öffentlich ausgesprochen haben, daß unsere Opposition gegen die jetzige Staatsleitung nicht von politischer Art, sondern ausschließlich kirchlich begründet ist."

Dieser Entwurf wurde der Regierungssitzung am 27. August vorgelegt. Der Text wurde im großen und ganzen gebilligt, in Einzelheiten ein wenig geändert. Es wurde lediglich das Wort "Kirche" durch "kirchliche Opposition" ersetzt. Der letzte Absatz wurde ganz fortgelassen und dafür der nachstehende Satz aus dem Rundschreiben Quislings am 26. Februar 1942 eingefügt:

- 19 -

.....Es ist meine und der nationalen Regierung Absicht, dem Grundgesetz gemäß die evangelisch-lutherische Religion zu handhaben und zu schützen, so daß die Kirche volle Freiheit haben soll, Gottes Wort für unser Volk zu verkünden und ihre soziale Arbeit durchzuführen.".....

Vom Kirchendepartement wurden sämtliche abgesetzten Bischöfe zu Verhandlungen nach Oslo gerufen. Am 4. September 1942 ging eine von den Leitern der "Vorläufigen Kirchenleitung" und den Bischöfen Maroni, Skagestad, Fleischer und Krohn-Hansen unterschriebene Antwort ein, in der festgestellt wurde, daß die letzte von der Regierung gebilligte Formulierung im Widerspruch zu den am 15. August 1942 gemachten Zusicherungen stände, und Verhandlungen nur auf der Grundlage des Schreibens vom 15. August 1942 stattfinden könnten. Am 5. September 1942 ließ Expeditionschef Feyling die abgesetzten in Oslo weilenden Bischöfe durch Küster Lothe zu einer Aussprache in das Kirchendepartement bitten. Auch dieses Angebot lehnten die ehemaligen Bischöfe mit der Begründung ab, daß sie in Verhandlungen nur mit dem freien Bischof Berggrav an der Spitze und auf der Grundlage vom 15. August 1942 eintreten könnten.

Darauf bot das Kirchendepartement auf Anregung des Expeditionschefs Feyling eine Aussprache mit Berggrav in Asker in Gegenwart eines Beamten der norwegischen Staatspolizei an. Auch dieses Anerbieten wurde wiederum mit dem Hinweis auf die Grundlagen vom 15. August 1942 abgelehnt. Darüber hinaus stellten Hygen und Hallesby in einem Schreiben vom 7. Sept. 1942 an das Kirchendepartement fest, daß die Regierung die Grundlagen, insbesondere die Freiheit der Verhandlungen insofern gebrochen habe, als sie eine Erklärung vorgelegt habe, die in unveränderter Form unterschrieben werden sollte. Diese "Vorausklärung" zu geben, sei für sie unmöglich.

Jetzt glaubte das Kirchendepartement, daß die Verhandlungen

endgültig gescheitert seien. Es stellte ein kirchliches Weißbuch zusammen, in dem im wesentlichen der Schriftwechsel zwischen dem Departement und der "Vorläufigen Kirchenleitung" bzw. den in Oslo anwesenden abgesetzten Bischöfen veröffentlicht wurde. Das Weißbuch wurde am 10. September an sämtliche Pfarrer Norwegens verschickt. Am 15. versandte die "Vorläufige Kirchenleitung" eine Gegenschrift an die norwegischen Pfarrer, in der der Standpunkt der kirchlichen Opposition dargestellt wird. In der Zwischenzeit beauftragte Expeditionschef Feyling den Küster Lothe nochmals mit der Ingangsetzung von Verhandlungen. Daraufhin erschienen am 11. September der abgesetzte Bischof Hille und Pfarrer Hygen im Kirchendepartement zu einer privaten Aussprache. Expeditionschef Feyling legte nahe, in irgendeiner von ihnen selbst zu findenden Form die Regierung als Partner anzuerkennen. Beide erwiderten, daß sie in den Verhandlungsgrundlagen vom 15. August Minister Skancke als Leiter der Verhandlungen und als offiziellen Vertreter der Regierung anerkannt hätten. Weitere "Voraussetzungen" könnten sie nicht abgeben.

Am 19. September kam es nochmals zu einem grundsätzlichen Gespräch zwischen Minister Skancke und Professor Hallesby, in dem dieser erklärte, daß man nicht eine Auflösung der Staatskirche wolle, sich aber von der Kirchenleitung der Staatsregierung lossagen müsse. Damit sind die Verhandlungen zwischen dem Kirchendepartement und der "Vorläufigen Kirchenleitung" bzw. den abgesetzten Bischöfen vorläufig gescheitert.

C - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

In allen Kreisen der NS ist zur Zeit eine pessimistische Stimmung feststellbar. Die aktuellen Gründe hierfür sind vor allen Dingen in folgender zu sehen:

- 1.) Einziehung der Radioapparate,
- 2.) Rigorose Werbemethoden für die Norwegische Legion,
- 3.) Kliquenkämpfe innerhalb der Partei,
- 4.) Korruptionsgerüchtbildung.

Die Einziehung der Rundfunkempfänger hat in der breiten Mitgliederschaft Empörung ausgelöst. Diese Maßnahme ist teilweise sogar als direkte Sabotage gegen die Arbeit der Nasjonal Samling aufgefaßt worden. ES-Mitglieder weisen darauf hin, daß viele Parteimitglieder betroffen worden seien, die ihre Empfänger abgeliefert hätten und sie bisher nicht zurückerhielten, weil einzelne Mitglieder der Familie nicht der Partei angehörten. Zum anderen verliere, so meint man, ein großer Teil loyal eingestellter Norweger ihre Geräte. Die propagandistischen Möglichkeiten der Partei seien unter diesen Umständen stark eingeschränkt worden.

Ebenso richtet sich die Kritik über die insbesondere in Oslo sehr rigorosen Werbemethoden für die Norwegische Legion teilweise gegen die Deutschen.

In einem Bericht aus Bergen heißt es, daß 50% der Lagförer sich geweigert hätten, bei den Mitgliedern persönlich für die Legion zu werben. Als Grund der Weigerung wurde angegeben, daß es sich hier nicht um eine freiwillige Angelegenheit, sondern um eine ausdrückliche Forderung der Deutschen handele. Unter den sich weigernden Lagförern befindet sich eine große Anzahl ehemaliger Anhänger von Dybvad B r o c h m a n n. In Oslo wurde von jedem männlichen Parteimitglied im Alter von 18 - 45 Jahren für den Fall seiner Nicht-Meldung, eine

schriftliche Darlegung der Weigerungsgründe gefordert. Hierbei wurden in mehreren Fällen neben deutschfeindlichen Argumenten, der herrschende Kliquenkampf oder die Korruption in der Parteiführung als Gründe angegeben.

In der allgemeinen Diskussion über Kliquenwesen und Korruptionsgerüchtbildung werden insbesondere der Minister H a g e l i n sowie der Ökonomechef T h r o n d s e n beschuldigt. Allgemein ist die Forderung einer Bereinigung der Partei mit der Nennung dieser beiden Namen verbunden.

In Kreisen der Parteiführung wird neuerlich die Notwendigkeit einer inneren Bereinigung der Partei mehr und mehr unterstrichen. Minister Fuglesang hat in diesem Zusammenhang dem Förer bereits den Vorschlag unterbreitet, den Reichsökonomiechef Thronsen von seinem Amt als Fylkesförer von Groß-Oslo zu entbinden und an seiner Stelle ein altes bewährtes NS-Mitglied einzusetzen. Fuglesang hat Quisling eine Liste von 5 alten und fähigen NS-Mitgliedern vorgelegt, die für eine Übernahme der Stellung eines Fylkesförers von Groß-Oslo geeignet erscheinen. Von diesen sind hier bisher lediglich H a r s L' O r a n g e und S v i n d a l bekannt.

Im übrigen sind im Zuge der innerparteilichen Bereinigung auch noch andere Maßnahmen geplant, wie z.B. die Einsetzung eines sogenannten Reichsinspektors, der persönlich im ganzen Lande alle Vorgänge untersuchen soll, bei denen Parteimitglieder in Schwarzhandelsaffären und Korruptionsangelegenheiten verwickelt sind oder derartiger Verfehlungen beschuldigt werden.

Darüber hinaus sind noch verschiedene weitere Maßnahmen vorgesehen, über die jedoch noch keine genaueren Meldungen vorliegen.

Ferner haben die Verdächtigungen gegen die Freimaurer stark zugenommen. Die in der Zeitung "Germaneren" veröffentlichten Artikel haben im ganzen Lande eine äußerst lebhaft Diskussionsveranlaßt und namentlich unter den früheren Logenmitgliedern,

die heute hohe Stellungen in Staat und Partei bekleiden, eine lebhaftere Erregung ausgelöst. Der Höchstgerichtspräsident M o h r forderte die Zurückziehung der betreffenden Presseveröffentlichungen und drohte widrigenfalls mit seiner Amtsniederlegung.

Nach hier vorliegenden Berichten werden augenblicklich im ganzen Lande energische Versuche unternommen, die Einigkeit unter den Mitgliedern der Nasjonal Samling zu fördern.

Aus Bergen heißt es z.B., daß der Fylkesfører A s t r u p auf zahlreichen Versammlungen das Wort ergriffen habe und einen eindringlichen Appell an die NS-Mitglieder gerichtet habe, nun endlich mit der sich geradezu als Seuche ausbreitenden gegenseitigen Bekämpfung und Gerüchtemacherei Schluß zu machen, da die Bewegung eine derartige Belastung auf die Dauer nicht ertragen könne. Dieser Appell Astrups war dringend erforderlich, da sich in Bergen seit geraumer Zeit eine besonders pessimistische und zersetzende Stimmung breit gemacht hatte.

In dem Bestreben jedoch, die Stoßkraft der Bewegung vor Schwächungen zu bewahren, werden die Mängel des jetzigen Zustandes vielfach von den Mitgliedern nicht in den eigenen Reihen oder in der Führung gesucht, sondern man neigt dazu, die Schuld den deutschen Behörden in die Schuhe zu schieben. Diese Entwicklung wird ohne Zweifel von Astrup und seiner engeren Umgebung in geschickter Form ständig mit neuem Material versehen. So äußerte Astrup auf einer der erwähnten Lagfører-Versammlungen, an der ausschließlich NS-Mitglieder teilnahmen, "daß man über das große deutsche Kriegsgeschehen und die großen deutschen Filme keine zu große Begeisterung zeigen soll, da die norwegische Geschichte groß genug ist, daß die Norweger vor sich selbst bestehen können."

Auch aus Kristiansand wird berichtet, daß die Fylkesführung sich ernstlich bemüht, der zersetzenden Gerüchtbildung und dem Klippen-Unwesen entgegenzutreten. Auf einer Lagførerversammlung gab der Fylkesfører Dr. H ä r e i d eine

Schilderung der Eindrücke seiner Deutschlandreise und ging dann unvermittelt darauf ein, wie peinlich es ihn berührt habe, als er nach seiner Rückkehr bereits in Oslo hätte hören müssen, daß sich die Intrigen gegen ihn noch verschärft hätten. Er habe von Quisling den Auftrag erhalten, die Sache mit aller Schärfe anzufassen und ins Reine zu bringen. Er müsse in diesem Zusammenhang feststellen, daß er keine Kartoffeln gehamstert, keine Eierlieferungen bekommen und auch niemals ein Weinlager für sich beschlagnahmt habe. Alles was erzählt würde, sei Lüge und Verleumdung. Es gehe schließlich hierbei nicht um seine Person, sondern um das Ansehen der Nasjonal Samling.

Wenn man sich heute beklage, daß die NS noch nicht die Macht habe, so liege das an der NS und ihren Mitgliedern selbst. Die deutschen Stellen seien über die Differenzen innerhalb der NS besser orientiert, als man glauben möchte und wüßten auch sehr gut über die Intrigen, die gespielt werden, Bescheid. Diese Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Norwegische Legion.

Die zur Zeit laufende Werbeaktion für die Norwegische Legion hat offenbar recht gute Erfolge, auf der anderen Seite allerdings auch abträgliche Reaktionen unter den NS-Mitgliedern ausgelöst. Verschiedene Stäbe u.a. der Fylkesstab von Östfold und der Regimentsstab des Hirdregiments 2 mit dem Hirdchef M ø y s t a d sowie verschiedene Kreisstäbe meldeten sich freiwillig zur Front und forderten die Angehörigen ihrer Organisation auf, ihrem Beispiel zu folgen. Die hierauf eingegangenen Meldungen waren jedoch nicht zahlreich genug um das angestrebte Ziel, Werbung von 3000 Freiwilligen, zu erreichen. Man entschloß sich daher in Oslo von allen männlichen NS-Mitgliedern im Alter zwischen 18 und 45 Jahren eine schriftliche Erklärung zu fordern, in der gegebenenfalls die Gründe einer Ablehnung darzulegen waren.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Freiwilligenmeldungen 2500 erreichen wird. Die bei der Freiwilligenwerbung insbesondere in Oslo angewandten Methoden haben unter den betroffenen Parteimitgliedern eine fühlbare Erregung ausgelöst, während von den bisherigen Freiwilligen der Legion und Waffen-SS die Auffassung vertreten wird, es sei nur zu begrüßen, daß sämtliche NS-Mitglieder dazu gezwungen würden, sozusagen vor den Augen der gesamten Partei die Gründe für ihre Nichtmeldung zur Front schriftlich festzulegen. Die an jeden NS-Mann gerichtete Frage, ob er sich an die Front melden wolle oder nicht und aus welchen Gründen er gegebenenfalls glaube, sich nicht melden zu können, sei ein ausgezeichnete Prüfstein für die wirkliche Einsatzbereitschaft insbesondere der neuen Parteimitglieder.

Demgegenüber wird von den betroffenen Parteimitgliedern geltend gemacht, daß die Meldung an die Front durch die in Oslo angewandten Methoden vollkommen den Charakter der Freiwilligkeit verloren habe. Sie hätten eines Tages eine besonders dringlich gehaltene Einladung zu einer Mitgliederversammlung erhalten, ohne daß auf dem Einladungsformular der Grund der Versammlung

Germanske ʘ Norge.

Die Haltung der Frontkämpfer zur Germaniske ʘ Norge ist weiterhin abwartend. Auf einer am 5. ds.Mts. durchgeführten Werbeveranstaltung der Germaniske ʘ Norge äusserten sich die anwesenden Frontsoldaten dahingehend, dass sie grundstätzlich zum Mitmachen bereit seien, jedoch verschiedene Forderungen zu stellen hätten. Sie könnten es keinesfalls dulden, dass Nichtfrontkämpfer über ihre Aufnahme in die ʘ zu entscheiden hätten oder gar die leitenden Stellen in der ʘ mit Leuten besetzt würden, die entweder überhaupt nicht oder nur ganz kurz an der Front gewesen seien. Sie erwarteten, dass die Frontkämpfer den Grundstock der ʘ bilden würden und selbst über die Aufnahme eines Nichtkriegsteilnehmers entscheiden dürften.

Diese neuerliche Bereitwilligkeit zahlreicher Frontkämpfer zum Eintritt in die Germaniske ʘ Norge ist zu einem grossen Teil auf die scharfen Artikel Imerslunds zum Freimaurerproblem in der Zeitschrift "Germaneren" zurückzuführen. Allerdings haben die gleichen Artikel in breitere NS-Kreise eine zum Teil starke Beunruhigung hineingetragen.

Minister Fuglesang äusserte zu dem fraglichen Artikel, es ginge nicht an, Männer anzugreifen, die - im Gegensatz zu Imerland - von Anfang an dem Förer die Treue gehalten und sich in dieser Zeit stets als anständige Nationalsozialisten gezeigt hätten. Ähnliche Stellungnahmen wurden auch von vielen anderen führenden Personen in der NS erfasst. Wenn diese Kritik sich auch häufig nicht so sehr gegen den sachlichen Inhalt der Artikel richtet, so wird aber doch darauf hingewiesen, dass der Förer selbst dadurch in eine unangenehme Situation gebracht würde, was wiederum im Interesse der Neuordnung Norwegens unbedingt vermieden werden müsse.

In diesem Zusammenhang wird in Kreisen der Frontkämpfer auch die gerüchtweise bekannt gewordene Absicht Minister Fuglesangs, der Germaniske ʘ beizutreten, erörtert. Es wird dabei auf

angegeben gewesen sei. Nach dem Betreten des Versammlungslokals seien hinter ihnen die Türen verschlossen worden. Dann seien sie in einer Rede darauf hingewiesen worden, daß niemand den Saal verlassen dürfe, bevor er nicht entweder seine Freiwilligen-Meldung oder eine schriftliche Erklärung über die Gründe seiner Nichtmeldung abgegeben habe. Die Erregung der Parteimitglieder über diese "Überfalls-Methoden" findet ihren Ausdruck in zahlreichen Gerüchten über angeblich besonders rigorose Vorfälle. So heißt es z.B., daß ein Mitglied, das bereits im vorigen Kriege auf deutscher Seite gekämpft und sich dabei einen Herzfehler geholt habe, gezwungen worden sei, seine Meldung abzugeben.

Die Stimmung in der Osloer Parteimitgliederschaft ist jedenfalls so, daß Minister Fuglesang beabsichtigt, nach Beendigung der Werbe-Aktion zu den Freiwilligen zu sprechen und sie ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ihre Meldung eine freiwillige sei und daß diejenigen, die sich "gepreßt" fühlten, nach der Versammlung ihm ihre Beschwerden vortragen könnten,

Aus anderen Landesteilen liegen Meldungen vor, wonach bei der Werbung wieder die schon von früher her bekannten Tendenzen zur Herstellung einer norwegischen Wehrfreiheit in Erscheinung getreten seien. So wird z.B. aus Östfold berichtet, daß der Fylkesfører Hoff in einem Gespräch mit einem Vertreter der Zeitung "Fritt Folk" der Ansicht Ausdruck gab, die gesamte männliche norwegische Jugend müsse sich heute der Norwegischen Legion anschliessen, da diese den Grundstock einer zukünftigen norwegischen Wehrmacht bilde.

Germanske ʘ Norge.

Die Haltung der Frontkämpfer zur Germaniske ʘ Norge ist weiterhin abwartend. Auf einer am 5. ds.Mts. durchgeführten Werbeveranstaltung der Germaniske ʘ Norge äusserten sich die anwesenden Frontsoldaten dahingehend, dass sie grundstätzlich zum Mitmachen bereit seien, jedoch verschiedene Forderungen zu stellen hätten. Sie könnten es keinesfalls dulden, dass Nichtfrontkämpfer über ihre Aufnahme in die ʘ zu entscheiden hätten oder gar die leitenden Stellen in der ʘ mit Leuten besetzt würden, die entweder überhaupt nicht oder nur ganz kurz an der Front gewesen seien. Sie erwarteten, dass die Frontkämpfer den Grundstock der ʘ bilden würden und selbst über die Aufnahme eines Nichtkriegsteilnehmers entscheiden dürften.

Diese neuerliche Bereitwilligkeit zahlreicher Frontkämpfer zum Eintritt in die Germaniske ʘ Norge ist zu einem grossen Teil auf die scharfen Artikel Imerlunds zum Freimaurerproblem in der Zeitschrift "Germaneren" zurückzuführen. Allerdings haben die gleichen Artikel in breitere NS=Kreise eine zum Teil starke Beunruhigung hineingetragen.

Minister Fuglesang äusserte zu dem fraglichen Artikel, es ginge nicht an, Männer anzugreifen, die - im Gegensatz zu Imerlund - von Anfang an dem Förer die Treue gehalten und sich in dieser Zeit stets als anständige Nationalsozialisten gezeigt hätten. Ähnliche Stellungnahmen wurden auch von vielen anderen führenden Personen in der NS erfasst. Wenn diese Kritik sich auch häufig nicht so sehr gegen den sachlichen Inhalt der Artikel richtet, so wird aber doch darauf hingewiesen, dass der Förer selbst dadurch in eine unangenehme Situation gebracht würde, was wiederum im Interesse der Neuordnung Norwegens unbedingt vermieden werden müsse.

In diesem Zusammenhang wird in Kreisen der Frontkämpfer auch die gerüchtweise bekannt gewordene Absicht Minister Fuglesangs, der Germaniske ʘ beizutreten, erörtert. Es wird dabei auf

Fuglesangs enge Beziehungen zu Freimaurerkreisen innerhalb der Partei hingewiesen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Absicht Fuglesangs häufig dahingehend gedeutet, dass hiermit der Versuch einer Umbiegung der freimaurer-feindlichen Linie der Germanske ¶ verbunden sei. Ganz allgemein wird in dieser Verbindung gern der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass durch den Eintritt Fuglesangs die Germanske ¶ in die Kliquenkämpfe der Partei hineingezogen werden könnte.

c) Kulturelle Gebiete.Hochschule und Wissenschaft.

An der Zahnärztlichen Hochschule in Oslo, die, entgegen der sonst allgemein üblichen Regelung, eine selbständige Institution neben der Universität darstellt, hat ein Teil der Hochschullehrerschaft nunmehr offen eine negative Haltung eingenommen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei zunächst der Rektor der Hochschule, Prof. B e r g e r s e n, der während der vergangenen Jahre führend auf dem linken Flügel der sozialistischen norwegischen Arbeiterpartei in Erscheinung getreten war. Als die politischen Verhältnisse an der Zahnärztlichen Hochschule sich im Frühjahr 1942 ständig verschlechterten, wurde die Amtsenthebung B e r g e r s e n s besonders seitens des NS-Zahnärztelauges betrieben. Am 19. Juni 1942 kam es schliesslich dazu, dass das Departement für Kirche und Unterricht B e r g e r s e n ein Schreiben übersandte, in dem seine Verabschiedung als Rektor ausgesprochen wurde. Gleichzeitig erhielt der volksdeutsche Zahnarzt B u h s als geschäftsführender Direktor die Wahrnehmung der Rektoratsgeschäfte übertragen, wobei er praktisch auch die Nachfolge B e r g e r s e n s als Rektor antrat. Ferner erfolgte kurze Zeit später eine Änderung des bestehenden Hochschulgesetzes in Anlehnung an die Bestimmungen, die für die Universität Oslo und die Technische Hochschule Drontheim in Kraft gesetzt worden sind. Danach werden einerseits dem Rektor im Sinne der autoritären Staatsführung ganz erhebliche neue Befugnisse zuerkannt, während andererseits das Akademische Kollegium (Professorat) weitgehend ausgeschaltet wird. Eine sichtbare Reaktion auf die Veränderungen an der Hochschule war seinerzeit wegen der kurz darauf einsetzenden Semesterferien nicht erfolgt.

Vor Beginn des jetzigen Wintersemesters nahm jedoch die aus 5 Köpfen bestehende Professorenschaft der Zahnärztlichen Hochschule diese Sachlage zur Veranlassung, um dem Departement für Kirche und Unterricht ihr Rücktrittsgesuch einzureichen. Von den insgesamt 6 Dozenten der Hochschule schlossen 2 sich

wenige Tage später ebenfalls an. Ein entsprechender Schritt der übrigen Professoren war nur als eine Frage der Zeit anzusehen. Die in diesem Stadium der Entwicklung seitens des Rektors B u h s und des Departements mit der Hochschullehrerschaft geführten Besprechungen, in denen diese auf die eventuellen Folgen ihres Verhaltens aufmerksam gemacht wurden, haben zurzeit einen Schwebезustand mit folgendem Tatbestand herbeigeführt: Von seiten des Departements ist zu den fraglichen Rücktrittsgesuchen noch keine Stellungnahme abgegeben worden. Das Ausstehen der Entscheidung hat die Hochschullehrerschaft veranlasst, in der Zwischenzeit den Lehrbetrieb mit dem zum 3. September einsetzenden Semesterbeginn wie bisher aufzunehmen.

Als Motiv für das Einreichen der fraglichen Rücktrittsgesuche dürfte u.a. die Auffassung massgeblich gewesen sein, dass man meinte, die Einführung der Neuordnung an der Hochschule nicht ohne Protest hinnehmen zu können, wobei man allem Anschein nach jedoch von vorherein die Hoffnung gehegt hat, dass seitens des Departements die Annahme der betreffenden Gesuche abgelehnt und ein Verbleiben im Dienst gefordert werde. Durch ein entsprechendes Schriftstück über die Verpflichtung zur Fortsetzung der Hochschullehrtätigkeit will man sich die nötige Rückendeckung für alle Eventualitäten des Kriegsausganges besorgt haben.

Die Handelshochschule in Bergen hat am 1. September ihr Wintersemester begonnen. Wie in den vorhergehenden Jahren war auch dieses Mal die Zahl der auf Zulassung zur Hochschule vorliegenden Anträge um ein vielfaches höher als die zur Verfügung stehenden Plätze. Von den rund 360 Bewerbern werden voraussichtlich bestenfalls 75 angenommen. In diesem ausserordentlich schärfen Konkurrenzkampf ist in diesem Jahr insofern noch ein neues Moment hineingetragen worden, als bei etwa 25% der in Betracht kommenden Neuaufnahmen vorzugsweise NS-Angehörige berücksichtigt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist zwischen dem für diese Hochschule zuständigen Handelsdepartement und der Hochschullehrerschaft ein grösserer Konflikt entstanden, dessen Ausgang im Augenblick noch nicht zu übersehen ist. Ähn-

lich wie bei der Universität Oslo und der Zahnärztlichen Hochschule wird seitens des Lehrkörpers der H.H. geltend gemacht, dass die Zulassung zum Studium nur nach Gesichtspunkten der Leistung und nicht nach denen der Parteizugehörigkeit erfolgen werden könne. Von unterrichteter Seite wurde in Erfahrung gebracht, dass in Verbindung mit dieser Sachlage das Handelsdepartement in Erwägung gezogen hat, in diesem Jahre überhaupt keine Neuaufnahmen an der H.H. zuzulassen, sondern zu einer Verlängerung der Studienzeit von 2 auf 3 Jahre überzugehen, wofür durch einerseits eine gewisse Angleichung an die übliche Dauer einer akademischen Ausbildung vollzogen würde und andererseits die sonst freiwerdenden Plätze weiterhin besetzt blieben.

Der ^{im}Zusammenhang mit der Abberufung Prof. W e d e r v a n g s nach Oslo an der Handelshochschule aktuell gewordene Rektoratswechsel ist über eine vorläufige Regelung nicht hinausgekommen. Der seitens des Handelsdepartements bestimmte Nachfolger Professor E.W. P a u l s o n war lediglich nominell bis zum 28.8.42 mit der Wahrnehmung der Rektoratsgeschäfte beauftragt, tatsächlich hat er sein Amt überhaupt nicht angetreten. Der nunmehr bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte beauftragte Professor S c h ö n h e y d e r hat seine Stellung auf der Grundlage des dienstältesten Professors der Hochschule übernommen. Seine Einstellung zur Neuordnung wird nicht allzugünstig beurteilt.

An der Universität Oslo hat die Zulassung einer Anzahl NS-Studenten ausserhalb der Reihenfolge, die durch das bestehende auf dem Reifezeugnis aufgebauten Wertungssystem gegeben ist, sowohl von seiten der Professoren als auch der Studenten zu erheblichem Widerstand geführt. Im besonderen handelt es sich um die zusätzliche Zulassung von insgesamt 18 NS-Studenten (16 Mediziner, 2 Pharmazeuten). Es ist in diesem Zusammenhang zu ausgedehnten Fakultätssitzungen gekommen, auf denen das Vorgehen des Departements auf stärkste Ablehnung gestossen ist. Als wenig günstig hat sich hierbei der Umstand ausgewirkt, dass Minister S k a n c k e im Frühjahr dieses Jahres, als erstmalig 10 NS-Studenten in der medizinischen Fakultät ausserhalb der Reihenfolge der Anwärter zugelassen wurden und

es zu energischen Einsprüchen kam, der Fakultät die Zusage gemacht hat, dass es sich um einen einmaligen Ausnahmefall handeln solle. Schon allein im Hinblick auf die Versprechungen, die z.B. den Freiwilligen der Norwegischen Legion und der sonstigen Waffen $\frac{1}{2}$ -Verbände gegeben worden sind, hätte damals der Minister eine solche Bindung nicht aussprechen dürfen. Die Lage an der Universität Oslo ist z.Zt. ungeklärt.

An der Technischen Hochschule Drontheim haben sich zum Wintersemester 1942/43 1100 Abiturienten zum Studium um ihre Zulassung beworben. Nur insgesamt 202 konnten aus Platzgründen aufgenommen werden. Von diesen sind 180 auf Grund des Zensurenstandes ihres Reifezeugnisses und 22 unter Mitberücksichtigung politischer Gesichtspunkte ausgewählt worden. Die 900 Abgewiesenen beabsichtigen zum Teil zunächst ihre praktische Zeit abzuleisten, zum Teil wollen sie sich auch anderen Berufen oder einem anderen Studienggebiet an der Universität Oslo zuwenden, da die Aussichten auf Zulassung für eine grössere Zahl von Bewerbern sich in absehbarer Zeit kaum bessern dürften. Dabei hat die Hochschule unter Leitung des Rektors H e g g s t a d ihr Möglichstes zur Ausweitung des Lehrbetriebes getan. Die vorhandenen Räumlichkeiten sind buchstäblich vom Keller bis zum Dach ausgenutzt. Nur auf diese Weise ist es gelungen, z.Zt. rund 1000 Plätze zu beschaffen, während die Hochschule ursprünglich nur für 400 Studierende vorgesehen war.

Heizungsschwierigkeiten werden aller Voraussicht nach den Unterricht im Laufe des Winters nicht gefährden. Von seiten des Rektors H e g g s t a d wurde während des Sommers und Herbstes ein systematischer Einsatz der Studenten des 2. und 3. Jahrganges veranlasst, die in Trupps von 40 bis 50 Mann für die Dauer von je 14 Tagen zum Fällen der aufgekauften 3000 Faden Holz eingeteilt wurden. Die Betreffenden wurden auf Bauernhöfen oder in Waldhütten untergebracht und hatten sich selbst zu verpflegen. Dem Entgegenkommen der verschiedenen deutschen Stellen ist es des weiteren zu verdanken, dass im grossen und ganzen auch das nötige Unterrichtsmaterial bezogen werden konnte.

Schule.

In der Zwischenzeit ist es auch an den Höheren Schulen und Volksschulen, deren Unterrichtsbeginn auf einen späteren Zeitpunkt festgesetzt war, der Lehrbetrieb - sofern keine besonderen Umstände vorlagen - in normaler Weise aufgenommen worden. An einzelnen Orten erscheint der Unterricht durch die Abwesenheit der in Kirkenes in Haft befindlichen Lehrer oder durch Beschlagnahme der Gebäude seitens der Wehrmacht jedoch stark eingeschränkt zu sein. Im grossen und ganzen ist der Wiederbeginn des Schulunterrichts über Erwarten glatt verlaufen. Die mannigfachen Befürchtungen, die besonders von seiten der NS geäussert wurden, haben sich als nicht zutreffend erwiesen. Dieser Sachverhalt hat andererseits zur Folge, dass in den vorgenannten Kreisen z.Zt. vielfach eine ausgesprochene Hochstimmung über die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule herrscht.

Der Fortbestand dieser Lage wird im hohen Masse davon abhängig sein, wie die weitere Entwicklung der im Zusammenhang des Lehrerkonflikts getroffenen Gegenmassnahmen verläuft. Die Entlassung der Kirkeneser Lehrer steht dabei an erster Stelle. (Vgl. Anlage .1.). Die Tatsache, dass bereits einige dieser Lehrer wieder zurückgekehrt sind und ein grösserer Transport schon eingetroffen ist, hat die Hoffnung auf eine bevorstehende Gesamtentlassung neu belebt. In Zusammenhang damit konnte vielfach festgestellt werden, dass die Lehrer bemüht sind, sich im Interesse ihrer in Kirkenes in Haft befindlichen Kollegen an der Schule möglichst korrekt zu verhalten. Gegen die allgemeine Rückkehr der "Kirkeneser Lehrer" auf ihre früheren Posten werden andererseits im Lehrersamband und der NS lebhaft Bedenken erhoben. In diesem Zusammenhang war auf Vorschlag des Departements am 20.8.ds.Js. ein Regierungsbeschluss herbeigeführt worden, wonach die nach Nordnorwegen verschickten Lehrer aus dem Dienst entlassen werden sollen, ihnen jedoch freigestellt bleiben sollte, sich wieder um die Zulassung zur Ausübung des Lehramtes zu bewerben. Dagegen war gleichzeitig beabsichtigt, den fraglichen Lehrern ihr Gehalt während der Haftzeit (abzüglich der Beträge, die für die Anstellung der Vikare aufgewandt wurden, d.h. durchschnittlich

50 % der festen Bezüge) zur Auszahlung freizugeben, obwohl seinerzeit eine Verfügung herausgegangen war, dass nur diejenigen ihr Gehalt beziehen könnten, die ihre Mitgliedschaft zum Lehrersamband erklärt und den Unterricht wieder aufgenommen hätten. In der Zwischenzeit wurde seitens des Einsatzstabes und der Schulabteilung zur Regelung der Gehaltsfrage angeregt, dass lediglich die Beiträge für die Staatliche Pensionskasse (10 % der festen Bezüge) für die fragliche Zeit angewiesen werden. Ausserdem soll eine Entlassung der fraglichen Lehrer aus dem Dienst nur in begründeten Einzelfällen vorgenommen werden.

Besondere Veranstaltungen.

Am 28.8.42 wurde das neu errichtete Soldatenheim Narvik im würdigen Rahmen seiner Bestimmung übergeben. Die anlässlich der Einweihung herausgegebene Sondernummer des "Narvikpostens" fand in der norwegischen Bevölkerung nicht zuletzt dadurch besondere Beachtung, weil in einem Artikel zum Ausdruck gebracht wurde, dass das Soldatenheim nach Verlassen der deutschen Truppen der Stadt Narvik zur Verfügung gestellt werden würde. In weiten Kreisen ist in diesem Zusammenhang eine Diskussion darüber in Gang gekommen, ob Deutschland evtl. doch nicht gewillt sei, Norwegen für immer zu behalten.

F i l m .

Der Streit zwischen den Vertretern des kommunalen Kinosystems und der staatlichen Filmführung wird mehr und mehr als persönliche Kontroverse zwischen ihren beiden Exponenten Professor Claus H a n s e n und Leif S i n d i n g fortgeführt. Als Antwort auf den Artikel "Eigennutz und Gemeinnutz" von Professor Hansen in der "Norsk-Tysk Tidskrift" (vgl. die "Meldungen aus Norwegen", Nr. 42 vom 15.7.1942) ist in der Fachzeitschrift des Filmdirektorats (Norsk Kinoblad Nr. 5) ein Artikel "Die Saat der Marxisten" erschienen, in dem es u.a. heisst:

"Wir sind niemals im Zweifel gewesen, dass das marxistisch-kommunale Kinosystem in seinem Wesen gemeinschaftsfeindlich war und dass es in allerhöchstem Grade den Eigennutz statt den Gemeinnutz hervorrief. Seit zwei Jahrzehnten haben wir täglich den treffendsten Anschauungsunterricht bekommen, wie einzelne Kommunen den Interessen des Landes und dem Sinn für die nationale Würde des Landes einen langen Marsch bliesen, wenn es galt, um jeden Preis ihre eigenen Kommunekassen zu füllen. Es war eine schlechte und schlimmer Zeit für das Film- und Kinowesen in diesem Lande, als das marxistische Kinomonopol allein innerhalb des Film- und Kinowesens die Macht hatte

Wir wollen unsererseits gerne hervorheben, dass eine Umlegung des sozialen Kinowesens nicht zu bedeuten braucht, dass es mit allem kommunalen Kinobetrieb zu Ende sein soll. Das war niemals unsere Meinung. Das, was jedoch unerbittlich zerbrochen werden muss, wenn der Gedanke der Nasjonal Samling auf dem Gebiete des Kinowesens seinen Einzug halten soll, ist das kommunale Kinomonopol

"

Über diese sachliche Erörterung des Problems hinaus wird aber auch der von Professor Hansen in versteckter Form gehaltene Angriff gegen die Person Sindings in gleicher Methode erwidert, z.B. in folgendem Absatz des zitierten Artikels:

"Fachleute, die den Film als ihre Lebensaufgabe hatten, wurden zur Seite gedrängt von Politikern mit gutem Appetit.
 Es ist merkwürdig, dass es niemals den Leuten des Films eingefallen ist, zu verlangen, eine Operation auf Ullevaal (ein Osloer Krankenhaus) auszuführen oder einen Prozess vor dem Höchsten Gericht zu führen, etwa ähnlich den Gebieten, auf denen die kommunalen Filmleiter ihren eigentlichen Beruf hatten."

./.

Dieser Absatz bezieht sich eindeutig auf Professor Hansen, der damit als Nicht-Fachmann und als nicht zuständig für Film- und Kinofragen erklärt werden soll, unter gleichzeitiger Anspielung auf seine Ämterhäufung. Als weiteres belastendes Material gegen ihn wird die Tatsache, dass er ehemals Freimaurer war, dazu benützt, um an anderer Stelle des gleichen Heftes einen Auszug aus dem Leitartikel der neuen Zeitschrift der Germanischen-SS ("Germaneren" Nr. 1) zu bringen, der vor den Freimaurern in der NS warnt. Der Teil dieses Artikels "Wo steht der Feind?" ist für den erwähnten Auszug erweitert worden zu der Frage "Wo steht der Feind? Haben wir ihn auch innerhalb der Reihen des Films?" Besonders hervorzuheben ist hierbei folgender Absatz:

"Wir müssen hier auf der Wacht sein, die Freimaurer versuchen, uns hinter das Licht zu führen. Wohl ist es so, dass die Logen aufgelöst sind, aber die Freimaurer arbeiten weiter. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass sie unsere Freunde sind. Wir können diese Freundschaft nicht anerkennen."

Von der Gegenseite wird erklärt, dass das Hauptargument Sindings gegen das kommunale Kinosystem, nämlich das angebliche marxistische Wesen dieses Systems, heute unter den veränderten politischen Verhältnissen keine Geltung mehr haben könne. Im Gegenteil müsste die Tatsache, dass die Gemeinden jetzt nach nationalsozialistischen Grundsätzen geführt würden, gerade für eine Beibehaltung dieses Systems sprechen.

Neben dem Kampf gegen das kommunale Kinosystem gerät Sinding auch in zunehmendem Masse in eine nicht unbedenkliche Angriffsstellung gegen das Theater. Beide Momente treten in zwei weiteren Artikeln der erwähnten letzten Nummer des "Norsk Kinoblad" besonders deutlich hervor. In dem einen Artikel über Filmstipendien heisst es:

"Es liegen Gründe vor zu der Annahme, dass die ersten Filmstipendien im Laufe des Herbstes verteilt werden können. Nun wollen wir wirklich etwas daran setzen, dass wir unseren Filmfachleuten eine erstklassige Ausbildung geben können, damit wieder eine der vielen Sünden des kommunalen Kinosystems gut gemacht werden kann."

./.

und weiterhin

"Wir wollen wieder einmal ausdrücklich feststellen, dass wir gegen jede Zusammenmischung mit dem Theater sind. Der Film soll von professionellen Filmfachleuten geleitet werden, die den Film als ihre Lebensaufgabe ansehen. Schauspieler, die demnach die Inszenierung eines Films als eine Feiersbendaufgabe nehmen wollen, werden nach und nach eliminiert werden."

In einem anderen Artikel, der von dem geplanten norwegischen Filmmuseum handelt, werden die Angriffe gegen das kommunale Kinosystem und gegen das Theater in folgender Weise gebracht:

"Zwischen den vielen mannigfaltigen Aufgaben, die das Filmdirektorat zu lösen hat, um die unzähligen Unterlassungssünden wieder gutzumachen, die das marxistische kommunale Kinosystem auf dem Gewissen hatte, war auch in Realisierung des alten Traumes aller aktiv arbeitenden Filmleute: Ein norwegisches Filmmuseum. ...
..... Mit ziemlichem Erstaunen lasen wir hier vor einigen Tagen in "Fritt Folk" ein Interview mit dem Leiter des Theatermuseums, Sekretär J.P.Bull. Sekretär Bull konnte da erzählen, dass er Pläne hatte über mehrere "Filmwände" im Theatermuseum mit Bildern von norwegischen Schauspielern in norwegischen Filmen. Dieses Interesse des Herrn Bull ist ganz überflüssig. Das neue norwegische Filmmuseum soll alle "Filmwände" die notwendig sind, enthalten. Eine Zusammenmischung von Film und Theater wünschen wir nicht. Die Leute des Films sind den Theatern wenig Dank schuldig, und was die Privattheater betrifft, weniger als je."

Die neuerdings bei Sinding so stark in Erscheinung tretende Kampfansage gegen das Theater beruht umgekehrt auf einer fast allgemeinen Opposition der Schauspieler- und Theaterkreise gegen Sinding. Von den politisch meist gegnerisch eingestellten Schauspielern wird Sinding nicht nur als NS-Mitglied, sondern auch fachlich als Regisseur abgelehnt.

Die Opposition der Künstler gegen alles was mit der NS in Verbindung steht, zeigt sich in gleicher Weise beim Theater, Rundfunk und Film. Bezeichnend für die politischen Verhältnisse im Film ist z.B. die Tatsache, dass der Filmproduzent George Willoughby, ein Stiefsohn von Minister Jrgens, aus geschäft-

lichen Gründen seinen Austritt aus der NS vollzog, um dem befürchteten Boykott der Schauspieler und des Publikums zu entgegenen.

Der in der Produktion von Willoughby (Alliance-Film A/S.) herausgebrachte neue Film "Jeg drepte" (Ich tötete) ist zu einem grossen Publikumserfolg geworden. Das Manuskript zu diesem Film ist im wesentlichen dem gleichnamigen Schauspiel von Victor B o r g nachgestaltet, das in diesem Jahr einen ausserordentlichen Erfolg im Osloer Centraltheater hatte. Das Thema, ein Arztproblem, und gute Milieuschilderungen eines grossen Krankenhausbetriebes finden über die rein künstlerische Anerkennung hinaus beim Publikum besonderes Interesse. Der Film stellt im gewissen Sinne eine Parallele zu dem deutschen Arztfilm "Ich klage an" dar, ohne jedoch erfreulicher Weise eine bloss norwegische zweite Ausgabe des deutschen Films zu sein. Von der Pressekritik wurde festgestellt, dass der Film eine Steigerung und Verfeinerung des norwegischen Filmschaffens bedeute und der Beweis dafür sei, dass man nun zu einer soliden allseitigen norwegischen Produktion komme, die sich nicht nur in inhaltslosen Lustspielen und Farcen erschöpfe, sondern auch wirklich wertvolle und dramatisch anspruchsvolle Aufgaben gestalte.

Unter den deutschen Filmpremieren der letzten Zeit fand "Der grosse König" mit Otto Gebühr besondere Beachtung. Die rein künstlerischen und technischen Leistungen des Films werden von der norwegischen Kritik allgemein anerkannt, teilweise wird der Film in dieser Hinsicht noch höher bewertet als die beiden vorherigen Filme über Friedrich den Grossen. Andererseits wird die positive Gesamtbeurteilung wieder etwas eingeschränkt, weil man in der ganzen Anlage des Films eine deutliche Parallele zu der heutigen Situation mit einer gewissen politischen Tendenz sieht. Dies kommt in der Kritik zum Ausdruck, "das Manuskript sei diesmal nicht so allseitig und zudem mehr von den Begebenheiten des tagespolitischen Geschehens berührt als das seiner Vorgänger" (Aftenposten v. 1.9.42). Die innere norwegische Ablehnung gegen alles Militärische und Soldatische zeigt auch

deutlich folgende Äusserung: "der Film beschäftigt sich ausschliesslich mit dem Krieger Friedrich dem Grossen. Über den kulturellen Einsatz berichtet der Film nichts" (Morgenpost vom 1.9.1942).

Aus dem gleichen Grunde fand der Film "Feldzug im Osten" nur geringen Beifall. Dieser Film sei auch, wie verschiedentlich nicht nur von norwegischer sondern auch von deutscher Seite hervorgehoben wurde, nicht ganz durchgestaltet und in keiner Weise mit dem Film "Sieg im Westen" zu vergleichen. Für den Laien sei der strategische Sinn aus den Bildern oft nicht richtig zu erfassen gewesen. Auch habe er teilweise keinen Eindruck von der Schwere der einzelnen Infanteriekämpfe geben können, denn es sei kein einziges Bild von der zähen Verteidigung oder einem erbitterten Gegenstoss der Russen gezeigt worden. Das, was sogar einige Wochenschauen gebracht hätten, z.B. Angriffe der feindlichen Panzer bis kurz vor die deutschen Stellungen, habe gefehlt. In Drontheim wurde die erste Vorstellung dieses Filmes durch eine Anzahl halbwüchsiger Norweger gestört, die sich schon beim ersten Teil ziemlich demonstrativ erhoben und den Saal verliessen. Bei den folgenden Vorstellungen kam es jedoch nicht mehr zu ähnlichen Vorfällen.

Anerkennung fand der Film "Das andere Ich" mit Hilde Krahl und Mathias Wiemann, nicht nur darstellerisch und wegen der guten Fotografie und des geschickten Szenenwechsels, sondern auch, weil "die überall in diesem Film spürbare Initiative der Frau der norwegischen Mentalität sehr entgegen gekommen sei." Besonderen Erfolg hatten in Drontheim auch die Filme "Der Meineidbauer" und "Das sündige Dorf" wegen ihres Inhaltes und der guten darstellerischen Leistungen.

In Oslo fand in der letzten Zeit nur "Die Sache mit Styx" als spannende bzw. lustige Kriminalkomödie den ungeteilten Beifall eines nicht sehr anspruchsvollen Publikums. Der Hans Moser-Film "Das Ekel" fiel in der Kritik allgemein ab, teils weil er zu

viel "tote Punkte" habe und mitunter wirklicher Komik entbehre, teils wegen der ausgeprägten Dialektsprache Mosers, die nur auf ein deutsches Publikum wirke und durch die Textübertragung im Norwegischen kaum noch eine komische Wirkung habe. Der Zarah-Leander-Film "Der Weg ins Freie" scheint wiederum dem norwegischen Geschmack wenig zu liegen, weil er als "zu tragisch und zu sentimental" empfunden wurde. Der Film sei zwar gross angelegt, jedoch sei das Manuskript schlecht, wie schon so oft bei Zarah-Leander-Filmen. Offenbar findet auch Zarah-Leander selbst als Schauspielerin nicht mehr den Anklang wie früher. Ebenso wird bei der Photographie des Filmes bemängelt, dass die Bilder zum Teil zu dunkel und zu unklar seien.

Die Ufa-Wochenschauen finden ohne Zweifel bei dem grössten Teil des norwegischen Publikums starkes Interesse. Daran ändern auch nichts verschiedene gegenteilige Beobachtungen bzw. die Tatsache, dass man sich meist einer eigenen Stellungnahme enthält und dass auch in der Zeitungskritik die Wochenschauen auffallend kurz abgetan werden.

Wie schon erwähnt, werden die Wochenschauen von der Filmkritik der Presse nur oberflächlich behandelt und teilweise mit allgemeinen Redewendungen abgetan. Kennzeichnend für die Art dieser Kritiken ist folgende Besprechung im "Morgenbladet" vom 11.8.: "Die Vorstellung im Gimle-Kino wird eingeleitet mit einem 20 Minuten langen Ufa-Kriegsfilm, der vorzugsweise den Geschehnissen im Osten und in Charkow gewidmet ist. Zum Schluss sieht man auch noch einige Übungen bei den Festungsanlagen im Westen. Die Kriegsbilder von Russland sind sehr umständlich und ohne besondere Variationen". In einer anderen Kritik (Aftenposten v. 11.8.) wird in einem zusammenfassenden Schlusssatz festgestellt, dass "die Ufa-Wochenschau im grossen und ganzen gesehen ohne besondere Sensation" war.

Die Pressekritik der deutschen Spielfilme dagegen ist im allgemeinen sachlich und ausführlich, ebenso die meist mit gutem Bildmaterial versehene Vorbesprechung der Filme. Durch eine

ausgesprochen tendenzhafte negative Schreibweise fallen seit längerer Zeit nur der Filmkritiker Cato B e r n e von der Zeitung "Stavangeren" und die Kritikerin Aud T h a a g a a r d (verh. mit dem z.Zt. in Haft befindlichen ehem. Freisdirektor Kielland) von der Zeitung "Morgenposten" auf. Bezeichnend für die Schreibweise Bernes ist z.B. seine Kritik des Filmes "Donauschiffer", wo es u.a. heisst:

"Der Film wird keine lange Spielzeit im Verdensteater haben. Der Inhalt des Films ist lose und flüchtig wie das Wasser, auf dem er spielt, und die Handlung ist gewöhnlich. Es gibt Szenen in dem Film, die nie hätten aufgenommen werden dürfen. Es sind dies die Szenen mit dem Schiffer als Hebamme. Ein gewisser Teil des Publikums wird immer geneigt sein, solche Situationen zu missdeuten."

Tatsächlich wurde diese Handlung selbst nur angedeutet, sodass man beim besten Willen nichts Bedenkliches oder Anstössiges darin erblicken konnte. Zu dem Film "Die Tochter des Samurai" hat Berne u.a. folgendes zu bemerken:

"Der Film ist ein mixtum compsitum, der hier ein trauriges Schicksal erleiden wird. Eigentlich muss wohl der Film japanisch genannt werden, aber der europäische Einschlag ist so stark, dass es vollkommen unmöglich ist, zu begreifen, welchen Sinn der rein japanische Film haben soll

Er hat als einen dünnen hellroten Faden eine Art Butterfly-Problem Die Mentalität ist uns fremd und nicht fremd. Wir haben ja Parallelen in europäischen Ländern, obwohl nicht in gleichermassen starkem Grade".

Nach den in Stavanger gemachten Feststellungen scheint die tendenziöse Art der Kritiken Bernes, die den Filmen z.T. "keine lange Spielzeit" oder "ein trauriges Schicksal" voraussagt, tatsächlich den Kinobesuch nachteilig zu beeinflussen. Die beiden deutschen Filme "Ein Mann auf Abwegen" und "Der Gasmann" z.B. waren am ersten Vorstellungstage sehr gut besucht und bildeten eine ausgezeichnete Unterhaltung für das Publikum. Nachdem jedoch jeweils am nächsten Tage die ziemlich abfälligen Kritiken Bernes erschienen waren, waren die restlichen Vorstellungen aussergewöhnlich schlecht besucht.

Theater

Aus gegebenem Anlass hat das Kultur- und Volksaufklärungsdepartement am 7.9.1942 folgende Zusatzbestimmung zur Theaterverordnung vom 30.5.1941 erlassen:

Sofern ein Schauspieler, Sänger oder sonst auftretender Künstler aus politischen Gründen sich weigert, in einer Theatervorstellung aufzutreten, kann seine Arbeitsgenehmigung nach § 4 der Verordnung mit sofortiger Wirkung zurückgezogen werden. Dies kann jedoch nicht geschehen, wenn der Leiter des betreffenden Theaters im vorliegenden Falle mit Genehmigung des Kultur- und Volksaufklärungsdepartements einen Künstler von dem Auftreten in einer Rolle befreit, die deutlich für eine parteipolitische Propaganda Ausdruck gibt.

Diese Bestimmung war angeblich notwendig geworden, da sich 8 Schauspieler des Nationaltheaters geweigert hatten, in dem neuen Drama "Før stormen" (Vor dem Sturm) von Finn Halvorsen, das in der nächsten Zeit seine Uraufführung in Oslo haben soll, aufzutreten. Das Stück behandelt die allgemeine politische Spannungszeit des Jahres 1939 in Europa auf der Grundlage der geistigen Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialismus und seinen politischen Gegnersystemen.

Die erwähnte Bestimmung macht einen bemerkenswerten Unterschied zwischen den Begriffen "politisch" im allgemeinen und "partei-politisch" im besonderen. Schon kurz nach Erscheinen der Theaterverordnung und des neuen Schauspielervertrages im vorigen Jahre hatte Finn Halvorsen als damaliger Leiter des Staatl. Theaterdirektorats den Vertretern des Schauspielerverbandes und der Theaterleitervereinigung in persönlicher Rücksprache die Versicherung gegeben, dass der § 8 des Schauspielervertrages, wonach die Schauspieler gegebenenfalls zur Mitwirkung bei norwegischen Filmaufnahmen, beim norwegischen Rundfunk und an nationalen Feiertagen verpflichtet sind, keinswegs zu politischen Zwecken missbraucht werden würde. Die staatliche Theateraufführung hat in der Folgezeit dieses Versprechen den Schauspielern gegenüber auch stets eingehalten.

Presse:

In der Berichtszeit wurde erstmals einer beschränkten Anzahl von Pressevertretern Gelegenheit geboten, bei Gerichtsverhandlungen des SS- und Polizeigerichts Nord zugegen zu sein. Zur Verhandlung gegen 8 Angehörige einer kommunistischen Terrorgruppe am 26. und 27. August 1942 waren folgende Zeitungen eingeladen worden, die je einen Vertreter entsandten: die "Deutsche Zeitung in Norwegen", "Fritt Folk", "Aftenposten", "Norsk Arbeidsliv", "Hirdmannen" und "Germaneren". Ausserdem war NTB vertreten. Am zweiten Verhandlungstage nahm auch der Vertreter des schwedischen TT, Jernek, teil.

"Fritt Folk", "Aftenposten", "Dagbladet" und NTB waren bei den Verhandlungen am 4. und 5.9. gegen 3 Norweger vertreten, die u. a. an dem Attentat auf die Dienststelle der norwegischen Staatspolizei beteiligt waren.

Nach den bisherigen Feststellungen hat sich vor allem in Oslo die Zulassung der Pressevertreter zu diesen Verhandlungen ausserordentlich günstig ausgewirkt. Die Zeitungen behandelten die Vorgänge in ihren Berichten sowie in Leitartikeln in grösster Ausführlichkeit, während die ebenfalls umfangreichen NTB-Berichte von allen übrigen Zeitungen übernommen wurden. Die wirkungsvollste propagandistische Auswertung gelang zweifellos "Aftenposten", die beide Male den Redakteur Flood entsandt hatte. Dagegen wird an den Berichten der "Deutschen Zeitung" bemängelt, dass sie sich nicht genügend an die während der Verhandlungen bekannt gewordenen Tatsachen und Ereignisse hielten. Auch die genannten periodischen Zeitungen berichteten in propagandistisch wirkungsvoller Weise. Dies gilt in besonderem Masse für "Hirdmannen", dessen Hauptbericht die ganze erste Seite der Nummer vom 29.8.1942 beherrschte. Die Wirkung dieses Berichtes wird noch verstärkt durch eine symbolische Zeichnung sowie durch ein Gedicht "Mächte des Abgrundes" von dem bekannten NS-Dichter Kaare Björge.

Über die Auswirkung dieser Presseaktion in der Öffentlichkeit liegen von norwegischen Gewährspersonen zahlreiche Berichte vor, die ausnahmslos ein günstiges Bild entwerfen. Während Todesurteile früher allgemein mit grosser Gehässigkeit besprochen und die Verurteilten im Bewusstsein des Volkes automatisch zu Märtyrern erhoben wurden, sei die Öffentlichkeit jetzt viel mehr geneigt, die Täter als wirkliche Verbrecher zu sehen, deren politische Zielsetzung zwar zu einem grossen Teil noch anerkannt werde, deren gemeine kriminelle Methoden hingegen auf das schärfste abzulehnen seien. Hierzu dürfte in erster Linie die Schilderung der Verbrechen in ihren Einzelheiten und auch die Tatsache beigetragen haben, dass im Verlaufe der Verhandlungen Verbindungen zwischen "Jössingern" und kommunistischen Terroristen aufgedeckt wurden, was als sehr peinlich empfunden wurde. Von verschiedenen Seiten wird weiter hervorgehoben; dass durch diese ausführliche Berichterstattung vielen Norwegern zum ersten Male bewusst geworden sei, dass Todesstrafen nicht einfach "durch die Polizei verhängt" werden, sondern das Ergebnis sorgfältiger Ermittlungen und ordnungsgemäss durchgeführter Gerichtsverhandlungen sind.

Aufgrund dieser Reaktion der Öffentlichkeit wurde in Pressekreisen wiederholt der Wunsch geäussert, dass auch künftig bei ähnlichen Verhandlungen die Presse zur Berichterstattung zugelassen werden möge.

Auch die Anwesenheit des schwedischen TT-Vertreters hat sich nach den bisherigen Beobachtungen günstig ausgewirkt. Jærnek hat seinem Nachrichtenbüro in Stockholm einen durchaus sachlichen Bericht durchgegeben, der von der schwedischen Presse allgemein übernommen worden ist. Die Tatsache, dass ein ausführlicher Bericht diesmal über den offiziellen schwedischen Nachrichtendienst kam und dass ein Schwede selbst den Verhandlungen beiwohnte, hat die schwedische Presse im Gegensatz zu ihrer sonstigen Gepflogenheit bisher davon absehen lassen, eigene Kommentare zu den Urteilen zu bringen, wie dies früher in gehässiger Weise anhand der kurzen offiziellen Verlautbarungen geschehen war. Angesichts des Umstandes, dass die Presse gerade Ereignisse dieser Art zur Hetze gegen die deutsche Besatzungsmacht in Norwegen auszunützen pflegt, dürfte es wünschenswert

erscheinen, bei geeigneten künftigen Anlässen den offiziellen Vertreter des TT wiederum hinzuzuziehen.

Im Anschluss an die ausführliche Darstellung der Presseverhältnisse des Gebietes Stavanger und Rogaland, die der Nummer 40 der "Meldungen aus Norwegen" als Anlage II beigelegt war, wird aus Stavanger gemeldet, dass sich die nun vor über einem Monat vorgenommene Beurlaubung Kringlebottns als Hauptschriftleiter des "Stavanger Aftenblad" und die Beauftragung Pausetts, des Schriftleiters des "Stavangeren", mit der Hauptschriftleitung beider Zeitungen bisher als günstig ausgewirkt hat.

Während Kringlebottn, dem die Schriftleitung des "Stavanger Aftenblad" nach der Festnahme des früheren Schriftleiters Lorentzen übertragen worden war, durch seine journalistisch unzulängliche und propagandistisch abstossende Arbeitsweise für ein starkes Absinken des Niveaus der Zeitung verantwortlich zu machen sei und er damit auch einen grossen Teil der Schuld daran trage, dass sich der Einfluss der Zeitung in der Öffentlichkeit und ihre wirtschaftliche Stellung radikal vermindert bzw. verschlechtert habe, sei es Pausett bereits nach kurzer Zeit gelungen, diese negative Entwicklung aufzuhalten. Das zeige sich u.a. darin, dass der saisonbedingte Rückgang der Bezieherzahl weitaus geringer sei als im vergangenen Jahre und in den Jahren vor der Einbeziehung Norwegens in den Krieg. Pausett habe es nach der Übernahme der Schriftleitung beider Stavanger-Zeitungen verstanden, durch geschickte Schreibweise bei der Bevölkerung für bestimmte wichtige politische Fragen wenn nicht Zustimmung, so doch ein lebhafteres Interesse zu erwecken, sodass beispielsweise seine Leitartikel im Gegensatz zur früheren Nichtbeachtung heute auch in Gegnerkreisen viel gelesen und besprochen würden. Eine weitere einheitliche Führung der Presse Stavangers durch Pausett werde sich deshalb für das Gebiet Stavanger voraussichtlich gut auswirken.

Eine etwaige Wiedereinsetzung Kringlebottas würde dagegen wiederum ein Absinken des kulturellen und politischen Niveaus des "Stavanger Aftenblad" bedeuten. Wahrscheinlich würde sie auch einen erneuten Rückgang der Abonnenntenzahl zur Folge haben, die unter Pausetts Leitung trotz des eindeutigen deutschfreundlichen und NS-freundlichen Kurses nicht erfolgt sei. Sämtliche Mitarbeiter der Redaktion des "Stavanger Aftenblad" hätten ausserdem erklärt, dass sie kündigen würden, wenn Kringlebottn wiederkäme. Schliesslich wird in der Meldung aus Stavanger betont, dass eine Wiedereinsetzung Kringlebottas zweifellos einen Prestigeverlust der deutschen Dienststellen zur Folge haben werde, da in der Zwischenzeit allgemein bekannt geworden sei, dass Kringlebottn auf Betreiben der deutschen Behörden gegen den Willen Lundes abgesetzt worden sei.

Die Verhältnisse im Pressewesen von Bergen werden in Berichten von dort noch immer als wenig befriedigend geschildert. Während bei "Mor-genavisen" dem im Januar dieses Jahres eingesetzten NS-Schriftleiter N o r d a h l wenigstens ein weiterer NS-Redakteur zur Verfügung stehe, was sich für die Zeitung sehr günstig auswirke, sei der ebenfalls im Januar bei der weitaus grössten Bergener Zeitung, der "Bergens Tidende" eingesetzte Hauptschriftleiter Schreiner politisch völlig isoliert. Nach seinen eigenen Angaben fehle es seinen Mitarbeitern zwar nicht an Fähigkeiten, doch besässen sie nicht den Willen, an der Aufbauarbeit und an der politischen Beeinflussung der Bevölkerung mitzuwirken. Da die gelieferten Artikel alles vermieden, was propagandistisch positiv wirken könnte, sei er gezwungen, diese alle selbst noch einmal zu überarbeiten, was bei seiner dadurch entstehenden Arbeitsüberlastung nicht zu den erwünschten Ergebnissen führen könne und dem Gesamtbild der Zeitung damit schade.

Diese unzulänglichen Verhältnisse in "Bergens-Tidende" dürften nur dadurch zu beheben sein, dass Schreiner, der in fachlicher

und weltanschaulicher Hinsicht als absolut zuverlässig geschildert wird, weitere NS-Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden.

Unerfreulich sind nach einem Bericht aus Bergen auch die Verhältnisse bei den 7 Provinzzeitungen des Bezirkes. Mit wenigen Ausnahmen sind für diese zwar in diesem Jahre neue Schriftleiter eingesetzt worden, doch handelt es sich bei ihnen nur zum Teil um NS-Mitglieder. Bei der das dortige Gebiet kennzeichnenden unverhältnismässig starken Berücksichtigung religiöser Dinge machen diese Zeitungen noch immer mehr den Eindruck von Kirchenblättern. Während Bibelversen und kirchlichen Mitteilungen ein beträchtlicher Platz eingeräumt wird, tritt die Behandlung der politischen Fragen sowie der verschiedenen Probleme der Landbevölkerung völlig in den Hintergrund. Eine Ausrichtung der dortigen Provinzpresse und ihrer Schriftleiter nach Richtlinien, die den Erfordernissen der Zeit und der heutigen Lage entsprechen, sei für eine erfolgsversprechende Entwicklung des Pressewesens im Bergener Bezirk eine unabdingbare Voraussetzung.

R u n d f u n k .

Die Enteignung der Rundfunkgeräte hat, wie schon in Nummer 44 der "Meldungen aus Norwegen" (Seite 18) erstmals angedeutet, in allen Teilen der Bevölkerung eine so starke Reaktion ausgelöst, daß diese als ein wichtiger Faktor für die augenblickliche Stimmung angesehen werden muß. Die Diskussionen um diese Maßnahme werden ausnahmslos mit einer solchen Heftigkeit und mit solcher Verbitterung geführt, wie dies bisher im Anschluß an Maßnahmen der Besatzungsmacht kaum je der Fall gewesen ist. Schon bei der seinerzeitigen Sicherstellung der Geräte war von gegnerischen Kreisen allgemein die Meinung vertreten worden, daß die Geräte von den Deutschen nicht wieder herausgegeben werden würden, daß man vielmehr irgend einen Vorwand finden werde, um sie den Norwegern endgültig zu nehmen. Die Begründung mit den Blumendemonstrationen am 3. August, an denen ja nur ein verschwindender Teil der Bevölkerung teilgenommen habe, sei ein sehr fadensch-einiger und gesuchter Vorwand. Es handle sich deshalb hier um einen regelrechten Diebstahl.

Vor allem wird die Maßnahme auch innerhalb der NS mit besonderer Schärfe kritisiert, weil sie deren Propaganda außerordentlich erschwere. Es würden viele Tausende von Menschen bestraft, die niemals an gegnerischen Demonstrationen teilnehmen würden, darunter auch alle mit der NS mehr oder weniger Sympathisierenden, um die die Bewegung werbe und die nun durch eine so rigorose Maßnahme abgestossen würden. Man halte der NS heute schadenfroh vor, daß selbst sie sich in ihren guten Freunden, den Deutschen, getäuscht habe. Deshalb frage man sich vielfach, ob die Deutschen durch derartige Maßnahmen die Arbeit der NS bewußt hemmen wollten.

Eine besonders ungünstige stimmungsmässige Auswirkung hat sich in solchen deutschfreundlichen Kreisen feststellen lassen, die nicht gleichzeitig in der NS organisiert sind. Immer wieder wird darauf hingewiesen, es könne doch wohl nicht Absicht der Deutschen sein, auch Leute zu bestrafen, die ihre positive Einstellung zu Deutschland laufend bekundet hätten. Nach

einer Reihe eingegangener Meldungen seien besonders bestimmte Einzelfälle dazu angetan, in positiv eingestellten Kreisen Empörung hervorzurufen. Hierzu gehören beispielsweise die Fälle, wo den der NS nicht angehörenden, wohl aber positiv eingestellten Eltern von Angehörigen der Waffen-SS und der Norwegischen Legion, die heute an der Front stünden, der Empfänger weggenommen wird. Solche Beispiele seien den Frontkämpfern zur Kenntnis gelangt und hätten dort eine sehr starke Mißstimmung ausgelöst. Bezeichnend ist die hier bekanntgewordene Äußerung eines norwegischen Angehörigen der Waffen-SS, der z.Zt. verwundet in einem Osloer Lazarett liegt. Er äußerte, er würde sich nie zur Waffen-SS gemeldet haben, wenn die Enteignung der Rundfunkgeräte schon im vorigen Jahre bekanntgegeben worden wäre.

Weiter sei es besonders unverständlich, daß das nationalsozialistische Deutschland mit der Enteignungsmaßnahme auch die Arbeiter, Fischer, kleinen Bauern und anderen weniger begüterten Norweger schädige, die oft jahrelang gespart hätten, um sich ein Empfangsgerät anzuschaffen.

In höchsten Führerkreisen der NS wird geltend gemacht, daß es sich bei der endgültigen Einziehung der Rundfunkgeräte um einen Eingriff handle, für den wohl kein einziger Norweger Verständnis habe. Vor allem sei die Begründung ein schwerer psychologischer Fehler gewesen. Man hätte, wenn schon die Abgabe für die Front unbedingt notwendig gewesen wäre, durch eine Übereinkunft mit Quisling eine Begründung finden können, die dem norwegischen Volke leichter verständlich zu machen gewesen wäre.

Nach Berichten sind bei den Schriftleitungen der Zeitungen nach der Bekanntmachung der Enteignung laufend Anrufe erfolgt, wobei man sich in schärfster Weise beklagt habe und wobei für die Deutschen die ausfallendsten Ausdrücke gebraucht worden sind. Die positiv eingestellten politischen Schriftleiter hätten in diesen Tagen "ein wahres Fegfeuer" erlebt, da es ihnen nicht möglich gewesen sei, den Beschwerdeführern

irgendeine hinreichende Erklärung für die deutsche Maßnahme zu geben.

Eine außerordentlich prekäre Lage sei durch die Enteignung der Geräte für die Rundfunkhändler eingetreten. Ein großer Teil Rundfunkgeschäfte gründe sich auf Abzahlungskäufen und habe bei der Sicherstellung der Empfänger im September 1941 eine große Zahl von langfristigen Abzahlungsverträgen laufen gehabt. Da den Kunden zugesichert worden sei, daß die Apparate ihr Eigentum werden würden, hätten die meisten von ihnen ihre Raten weiterbezahlt. Dies höre nun mit einem Male auf. Da nach den Abzahlungsbedingungen das Gerät bis zur völligen Bezahlung Eigentum des Verkäufers bleibe, würden die Händler durch die Enteignung um die noch nicht bezahlten Beträge geschädigt. In einem Schreiben des Verbandes der Rundfunkhändler an die Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei teilt dieser mit, daß die norwegischen Händler auf diese Weise etwa 1,2 Millionen Kronen verlieren würden. Der Verband teilt hierzu mit, daß dies für viele Händler, die im übrigen die Verordnungen der deutschen Besatzungsmacht stets loyal befolgt hätten, unweigerlich den unverschuldeten Ruin ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten werde.

Verschiedentlich wird diskutiert, daß sich Ministerpräsident Quisling in dieser Frage an den Reichskommissar gewandt habe, wobei davon gesprochen worden sei, daß 50 000 Rundfunkgeräte im Lande verbleiben sollen. Diese Zahl wird allgemein zur Behebung auch selbst nur der krassesten Härten als zu gering bezeichnet. Auch die Frage einer gewissen finanziellen Entschädigung sei aufgeworfen worden, doch seien den Norwegern in dieser Beziehung bestimmte Zusagen bisher nicht gemacht worden.

Nach Mitteilungen aus dem Propagandaministerium soll die besonders scharfe Ablehnung der Enteignungsmaßnahme durch Lunde noch dadurch verstärkt worden sein, daß Lunde beabsichtigt habe, von den früheren Rundfunkabonnenten auch weiterhin einen Teil der Gebühren einzuziehen, um damit den norwegischen Rundfunk auf eine gesündere finanzielle Grundlage zu stellen. Diese Möglichkeit sei ihm durch die endgültige Enteignung der Geräte genommen worden.

Propaganda

Am 5. September 1942 wurde in Gegenwart des Reichskommissars in Oslo die antibolschewistische Ausstellung "Sowjetparadies" eröffnet. Im Auftrage des Reichskommissars wurde die Ausstellung durch Ministerialrat G.W. Müller der norwegischen Regierung übergeben. Eine Rede, die Ministerpräsident Quisling bei dieser Gelegenheit hielt und in der er auf die Verhältnisse in der Sowjet-Union einging, u.a. aber auch in etwas unklarer Weise auf den nordgermanischen Ursprung des russischen Staates, des eigentlichen russischen Staatsvolkes und sogar der russischen Sprache (!) zu sprechen kam, wurde trotz der sehr ausführlichen Berichterstattung über die Eröffnungsfeierlichkeiten in der Presse von der Bevölkerung kaum beachtet.

Die Ausstellung selbst verspricht dagegen, ein ausserordentlicher Erfolg zu werden. Wenn bereits in den ersten drei Tagen nach der Eröffnung 18 000 und bis einschliesslich 11.9. über 28 000 Besucher zu verzeichnen waren - davon rund zwei Drittel Norweger - so sind das für norwegische Verhältnisse rekordartige Zahlen. Nach zahlreichen übereinstimmenden Berichten soll es für das Osloer Publikum allgemein bereits eine Selbstverständlichkeit sein, dass man diese Ausstellung gesehen haben müsse.

Aus den Äusserungen von Besuchern geht immer wieder hervor, dass man ganz besonders von den im Original gezeigten Beispielen sowjetischer Wohnungsnot und sowjetischen Elends beeindruckt ist. Die verhältnismässig geringe negative Kritik an der Ausstellung beschäftigt sich freilich ebenfalls gerade mit diesem Teil. So wird verschiedentlich die Meinung geäussert, dass man für diese Schau wohl die schlimmsten Beispiele zusammengestellt habe und dass die Wohnungsverhältnisse doch wohl nicht überall in der Sowjetunion gleich schlecht seien. Bisweilen wird auch auf das Bild verwiesen, das die sowjetische Abteilung der Weltausstellung in Paris von den Verhältnissen in der Sowjetunion

vermittelt hat, die seinerzeit durch die norwegische Presse ausführlich besprochen wurde. Vereinzelt wurde schliesslich bemerkt, dass ja auch im übrigen Europa gerade die Wohnungsverhältnisse teilweise ausserordentlich ungünstig seien, wie beispielsweise auch in Nordnorwegen. Andererseits wird positiv gewertet, dass den Minsker Wohnhütten auch die Oper gegenüber gestellt wird. Es sind mehrfach Äusserungen bekannt geworden, die besagen, man hätte von den Deutschen nicht erwartet, dass sie auch eine solche Leistung des sowjetischen Regimes zeigen würden.

Trotz der wiedergegebenen einschränkenden Kritik wirkt gerade der bezeichnete Teil der Ausstellung auf die Masse der Besucher jedoch in der Richtung, dass man es wie eine Erlösung empfindet, wenn man anschliessend den Raum betritt, in dem sich die Bildtafeln befinden, auf denen die verschiedenen Kriegergestalten der am Kriege im Osten beteiligten Nationen und Freiwilligenverbände dargestellt sind. Dies trifft selbst für diejenigen Kreise zu, die aufgrund ihrer durch die Verhältnisse bedingten Deutschfeindlichkeit in ihrer Beurteilung des Bolschewismus z.Z. ausserordentlich nachsichtig sind.

Auch das übersichtliche Bildmaterial und die statistischen Darstellungen in den übrigen Abteilungen werden allgemein stark beachtet.

Von norwegischen Gewährspersonen wird übereinstimmend geäussert, dass die diesmal durchgeführte Erhebung einer Eintrittsgebühr unbedingt als ein Zugmittel zu werten sei, da der Norweger die Neigung besitze, alles ihm kostenlos Dargebotene von vornherein als Propaganda abzulehnen. Zweifel an der Echtheit des ausgestellten Materials sind, abgesehen von den obengenannten geringen Einschränkungen, aus ernst zu nehmenden Kreisen bisher nicht bekannt geworden.

d.) Verwaltung und Recht.Verwaltung.

In der Zeit von Anfang August bis Mitte September 1942 war man norwegischerseits stark mit den Vorbereitungen für den zunächst für den 25. September 1942 (Parteitag in Oslo) vorgesehenen und nunmehr auf spätere Zeit verschobenen Riksting beschäftigt. Die Verfassungsabteilung im Innendepartement hatte die Arbeiten bereits abgeschlossen. Danach sollte sich der Riksting aus 200 Persönlichkeiten zusammensetzen, wobei der Kulturting etwa 80 und der Naeringsting etwa 120 Mitglieder umfassen sollte. Anstelle des Riksting wird am 25. September ein erweiterter Führerring zusammentreten, der aber anscheinend nur parteilichen Charakter trägt.

Recht.

Die Ernennung von Dr. Thierack zum Reichsminister der Justiz hat in Norwegen starke Beachtung gefunden. In Zusammenhang damit erörtert man die letzte Führerrede, in welcher der Führer zu den Fragen der Rechtsordnung Stellung genommen hatte. In weiten Kreisen interessiert es, wie sich der Erlaß des Führers, wonach der neue Justizminister beim Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege vom bestehenden Recht abweichen kann, in der Praxis auswirken wird. Man spricht davon, daß nunmehr in Deutschland der Rechtsstaat völlig zusammenbreche und unter dem Deckmantel "gesundes Volksempfinden" oder "Grundgedanke eines Gesetzes" eine "orientalische Despotie" eingeführt werde. Nachdem sich der deutsche Justizminister nicht mehr an das Recht zu halten brauche, werde in Norwegen auch bald der Fall eintreten, daß die NS und ihre "Würdenträger" die Gesetze völlig verachten würden. Der norwegische Grundsatz, daß die Gesetze und nicht die Menschen regieren sollten, werde gänzlich aufgehoben und unfähige NS-Mitglieder, aber auch Deutsche, würden mehr und mehr ein willkürliches Regiment führen.

Im August ds.Js. kam ein neues illegales Flugblatt mit dem Titel "Advokatenneuigkeiten" zur Verteilung. Es wird darin auf die angebliche Kapitulation des Advokatenverbandes vor dem Widerstand der Advokaten hingewiesen. Man habe nicht einmal den Versuch gemacht, den Advokaten einen Mitgliedsbeitrag abzufordern und die "Haupttriebkraft des Verbandes", Höchstgerichtsrichter S e l m e r habe sich an der Ostfront ein anderes Wirkungsfeld gesucht. Nachdem dann in längeren Ausführungen dargelegt wird, daß auch in anderen Berufen und Gesellschaftskreisen der "Widerstand fest und wirkungsvoll" gewesen sei, werden die Anwälte aufgefordert, auf keinen Fall, auch nicht bei evtl. Freilassung aus der Geiselhaft eine Verpflichtung zur aktiven oder passiven Loyalität zu unterschreiben. Der Kampf des überwiegenden Teiles der Anwaltschaft gegen NS misse und könne ohne derartige Methoden geführt werden. Das Flugblatt gibt schließlich eine viel beachtete Sympathieerklärung der Rechtsanwaltschaftsvereinigung Schwedens für die norwegischen Rechtsanwälte im Wortlaut wieder, die einen "harten Kampf unter empörenden Verhältnissen zur Verteidigung des Landes" geführt hätten.

In der Zeit vom 25.8. - 5.9.1942 ergingen 9 Todesurteile des SS- und Polizeigerichtes Nord. Ein Verurteilter entzog sich der Urteilsvollstreckung durch Selbstmord. Die anderen Todesurteile wurden am 7.9.42 vollstreckt. Der Angeklagte H a n s e n, der am 25.8.42 zum Tode verurteilt wurde, hatte einen Einbruch in ein Truppenlager der Waffen-SS begangen. Am 27.8.42 wurden der Norweger K r i s t o f f e r s e n und 5 andere Angeklagte wegen der Anfang Februar ds.Js. vorgenommenen Sprengstoffattentate auf den Ost- und den Westbahnhof in Oslo, sowie wegen Mordes und anderer Verbrechen zum Tode verurteilt, während 3 weitere Angeklagte Zuchthausstrafen erhielten. In der Gerichtsverhandlung vom 5. September wurden 3 Angehörige einer kommunistischen Terrorgruppe, die ein Attentat auf Büroräume der norwegischen Staatspolizei verübt hatten, mit der Todesstrafe belegt. Die Presse, die zu den beiden letzten Verhandlungen zugelassen war, brachte darüber ausführliche Berichte, die

nach Ansicht norwegischer Juristen teilweise etwas sensationell waren. Besonders beachtet wurde in norwegischen Kreisen insbesondere von Richtern und Rechtsanwälten ein Bericht der Zeitung "Aftenposten", der durch eine genaue und geschickte Darstellung des Sachverhaltes jedem Norweger selbst ein Urteil über Tat und Täter ermöglichte. Sehr wirkungsvoll war es auch, daß - wie die Zeitung hervorhob - bekannte und hervorragende Osloer Rechtsanwälte die Angeklagten verteidigt haben. Aftenposten betont, nichts hätte bisher grösseren Eindruck auf die Norweger gemacht, als die Todesurteile der deutschen Gerichte. In breitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere in Oslo, ist jedoch der Eindruck der erwähnten Todesurteile nun der, daß man von diesen Verbrechen, die die Angeklagten verübt haben, abrückt und - ganz im Gegensatz zu früheren Fällen - wenig oder gar keine Kritik an den Urteilen übt oder sie etwa für richtig erachtet. Deutschen gegenüber spricht der Norweger allgemein nicht gern von den Urteilen. Es heißt, die Angeklagten seien minderwertige Personen gewesen. Wenn sich in der Verhandlung herausgestellt habe, daß Jössinger und Kommunisten miteinander in Verbindung gestanden und an dem Mord in Aarnes gemeinsam schuld gewesen seien, so sei das eine Ausnahme. Auch die sogenannten Jössinger seien fast durchwegs keine Anhänger der Terrormethode, es sei auch gar nicht norwegische Art, auf diese Weise Widerstand zu leisten. Stimmen aus nicht kommunistischen Arbeiterkreisen Oslos bezeichnen die Urteile als gerecht. In Anwaltskreisen werden die Vorgänge, die zu den Todesurteilen führten, vielfach bedauert, weil dadurch die ganze politische Situation in unvernünftiger Weise belastet und die Freilassung von Geiseln und Schutzhäftlingen verzögert oder gar ausgeschlossen werde. In NS-Kreisen finden die Todesurteile allgemeine Zustimmung. (Vgl. auch die Ausführungen im Presseteil).

In einer Spionagesache gegen G u t t o r n s e n u. a. (sog. Arendal-Prozeß) fällte das Kriegsgesicht aufgrund einer Verhandlung, die ohne Zuziehung norwegischer Verteidiger in Deutschland stattfand, im Frühjahr ds. Js. das Urteil.

5 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und später vom Führer begnadigt. Diejenigen Angeklagten, die freigesprochen wurden, oder eine geringere Freiheitsstrafe erhielten, sind inzwischen nach Norwegen zurückgekehrt und haben von der Begnadigung der zum Tode Verurteilten erzählt. Diese Nachricht hat sich, soweit sie bekannt geworden ist, günstig ausgewirkt.

Durch Gesetz vom 3. September 1942 hat die Regierung Quisling Personen gegenüber, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und sich eines bisher mit lebenslänglichem Gefängnis bedrohten Verbrechens schuldig machen, die Todesstrafe eingeführt. Von norwegischer Seite wurden bisher verschiedentlich Bedenken gegen eine solche Gesetzesbestimmung erhoben, da das norwegische allgemeine Strafgesetzbuch die Todesstrafe nicht kannte. Man fürchtete ungünstige Auswirkungen insbesondere für die NS. Im Hinblick auf die Verbrechen, die zu den vorerwähnten Todesurteilen des SS- und Polizeigerichts führten, glaubt die Regierung Quisling die Wiedereinführung der Todesstrafe rechtfertigen zu können und mit dem neuen Gesetz eine verständnisvolle Aufnahme im Volke zu finden. In der Pressemeldung, die die Regierung bei Bekanntmachung des Gesetzes herausgegeben hat, wird besonders hervorgehoben, daß es sich um eine vorläufige, durch den Krieg bedingte Gesetzesmaßregel handle. Um während der Kriegszeit die erforderliche eiserne Disziplin aufrecht erhalten zu können, müsse die Regierung bei den schwersten Verbrechen gegen die innere Rechtssicherheit mit der höchsten Strafe, eben der Todesstrafe eingreifen können.- Durch das Gesetz wird ferner für eine Reihe von Verbrechen (Verbrechen gegen öffentliche Behörden, gegen allgemeine Ordnung und Frieden sowie Sittlichkeit, Freiheit, Leben, Körper, Gesundheit, ferner Eigentums- und Vermögensdelikte wie Raub, Erpressung, Diebstahl usw.) sowohl die mächtigste wie die Höchststrafe erheblich erhöht, wenn von den Tätern die Verdunkelung bzw. Maßnahmen gegen Fliegerangriffe, Evakuierung und ähnliche Kriegsverhältnisse ausgenutzt

werden oder rationierte bzw. lebenswichtige, verknappte Waren Gegenstand der Tat sind. Die Möglichkeit der Strafaussetzung wird wesentlich eingeschränkt. In der Pressemeldung wird hervorgehoben, daß bei den Strafschärfungen des Gesetzes kein Gewicht darauf gelegt ist, ob es sich um Verbrechen politischer Art oder mit politischem Hintergrund handelt.

Das Gesetz, insbesondere die Einführung der Todesstrafe, hat in der Bevölkerung Aufsehen erregt. Aus Juristenkreisen liegen Stimmen vor, die das Gesetz ruhig und sachlich würdigen. Wie sich das Gesetz auswirken wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

e) W i r t s c h a f t .FinanzwirtschaftBanken

Die Zentralvereinigung der norwegischen Sparbanken hielt am 28.8.42 ihre Jahresversammlung ab, an der ungefähr 150 Personen aus ganz Norwegen teilnahmen. Der Leiter der Zentralvereinigung, Gundersen, der ausserdem Direktor der grössten norwegischen Sparbank, der Osloer Sparbank, ist, gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung des norwegischen Bankwesens und erklärte, dass die Lage der Banken als konsolidiert betrachtet werden könne. Weiter erwähnte er, dass Norwegen vor den unglücklichen Erscheinungen der Jahre 1914 - 18 verschont geblieben sei und die wirtschaftliche Initiative betr. Lohnstop usw. sich gut gegen die Preissteigerung ausgewirkt habe. Gundersen gab sodann einen Überblick über die Preisverhältnisse und Lebenshaltungskosten und hob besonders hervor, dass die Banken das Vertrauen des Publikums hätten. Bevor die Wahl der 3 Vorstandsmitglieder vorgenommen wurde, bat Gundersen als Vorsitzender der Zentralvereinigung abgelöst zu werden, da er selbst nicht mehr so stark wie früher sei. Ursprünglich habe er beabsichtigt, die Arbeit fortzusetzen, doch sei er sich nicht darüber im klaren, ob man mit der von ihm geleisteten Arbeit zufrieden sei. Es sei erforderlich, zu vielen Fragen Stellung zu nehmen, ohne dass diese vorher dem Vorstand zur Begutachtung vorgelegt werden könnten. Es sei daher notwendig, dass der Vorsitzende der Zentralvereinigung das 100%ige Vertrauen besitzt, besonders jetzt, wo viele nicht sehr leichte Fragen zu lösen seien. Der Vorsitzende müsse das Gefühl einer vollen Unterstützung haben und dieses Gefühl habe er in der letzten Zeit nicht gehabt.

Der administrierende Direktor der Bergener Sparbank; Meinich-Olsen, bat Direktor Gundersen, sich die Sache zu überlegen und forderte die Anwesenden auf, Gundersen das Vertrauensvotum zu geben, welches er auch in Form eines starken Beifalls erhielt; Nachdem Gundersen unter starkem Beifall erklärt hatte, dass man in diesen Zeiten auf seine eigene Urteilskraft angewiesen, hinterher aber der Kritik ausgesetzt sei, und dass, wenn er bleiben sollte, er die Vollmacht haben müsse, in jeder Frage so zu handeln, wie es ihm richtig erscheine, wurde die Wiederwahl des alten Vorstandes (Gundersen, Meinich/Olsen, Christiansen) als endgültig angesehen. Gundersen wollte sich für die in nächster Zeit zu erwartende Durchführung der norwegischen Bankneuordnung eine volle Handlungsfreiheit sichern, die er durch die einstimmige Wiederwahl erhalten hat. Es sei hierzu bemerkt, dass sich Bankdirektor Gundersen bereit erklärt hat, sich bei der Durchführung der von dem NS-Beauftragten für Bankfragen, Bankdirektor Schlytter-Henrichsen, entworfenen Bankneuordnung zur Verfügung zu stellen, obwohl er nicht Mitglied der NS ist. Gundersen gilt fachlich als der fähigste Sparbankdirektor Norwegens.

Aus Oslo wird berichtet, dass verschiedene Sparbankdirektoren, die gegnerisch eingestellt sind, in Erfahrung gebracht haben, dass Direktor Gundersen sein auf der Jahresversammlung der Zentralvereinigung erhaltenes Vertrauensvotum bei der Durchführung der geplanten Bankneuordnung ausnutzen will. Es habe sich eine grössere Opposition gegen Gundersen gebildet, deren Leiter und Urheber der Direktor der Aker Sparbank, Lökke, sein soll.

Arbeit und Sozialwesen.

In den grösseren Osloer Betrieben werden zurzeit Betriebsversammlungen abgehalten, auf denen u.a. Minister Lippestad, der

Leiter der norwegischen Gewerkschaftsbewegung, Odd Fossum, Gewerkschaftssekretär Kaare Rein und der frühere Gewerkschaftsvorsitzende Halvard Olsen sprechen. Die bisher abgehaltenen Betriebsversammlungen sind in bezug auf die Beteiligung der Arbeiterschaft gänzlich unterschiedlich gewesen. Während z.B. die Betriebsappelle bei der Frydenlundbrauerei und der "Norsk Elektrisk & Brown Boveri A/S" sehr gut besucht waren - bei Frydenlund waren sogar 95 % der Arbeiter und Angestellten anwesend - und auf die Anwesenden einen guten Eindruck hinterliessen, so konnte der am 25.8.42 auf der "Akers mek. Verksted" eingesetzte Betriebsappell mit einer Rede des Ministers Lippestad nicht durchgeführt werden, weil von 1700 Arbeitern nur 15 Arbeiter anwesend waren. Nach Ansicht des administrierenden Direktors der "Akers mek. Verksted", Direktor Aamundsen, waren die Arbeiter deshalb nicht erschienen, weil sie glaubten, dass über den ~~Norges Arbeidssamband~~ und andere politische Themen gesprochen werden würde. Nachdem Minister Lippestad den 15 erschienenen Arbeitern, die in der Mehrzahl Arbeitervertrauensleute waren, versichert hatte, dass er lediglich über soziale und arbeitsmässige Verhältnisse sprechen wollte, wurde für den 28.8.42 erneut ein Betriebsappell angesetzt, zu welchem 150 Arbeiter erschienen. In Kreisen der Gewerkschaftsbewegung ist man der Ansicht, dass dies schon deshalb als ein Erfolg anzusehen ist, weil die Arbeiterschaft bei der "Akers mek. Verksted" als besonders klassenbewusst bekannt ist und die gegnerische Agitation sowie der Terror in diesem Betrieb äusserst stark in Erscheinung traten. In seiner Rede ging Minister Lippestad in erster Linie auf die sozialen Verhältnisse ein, wobei er speziell die Schwierigkeiten in der derzeitigen Ernährungslage berührte. Er versicherte den Arbeitern, dass er alles tun wolle, um eine Verbesserung, besonders in der Kartoffelversorgung, herbeizuführen. Minister Lippestad forderte die Arbeiter auf, mit ihm und den norwegischen Behörden und Organisationen (Gewerkschaften) zusammenzuar-

beiten und bei der Überbrückung der Schwierigkeiten mitzuhelfen. Die Arbeiter hörten mit Interesse den Ausführungen des Ministers zu und aus Gesprächen mit ihnen war zu entnehmen, dass sie die Sachlichkeit der Rede und das soziale Verständnis des Ministers anerkannten. Ein Arbeiter erklärte, dass er bedauere, dass nicht sämtliche Arbeiter diese Rede gehört hätten. Nach dem Appell seien viele Arbeiter zu ihm gekommen und hätten ihn gefragt, was denn Minister Lippestad gesagt habe. Im Anschluss an die Betriebsversammlungen unterhielten sich Minister Lippestad und die anderen Versammlungsredner eingehend mit den Betriebsführern und Arbeitern über die Schwierigkeiten in der Ernährungslage und den Arbeitsverhältnissen. Nach den hier vorliegenden Meldungen haben die Arbeiter übereinstimmend erklärt, dass die derzeitige Ernährungslage katastrophal sei. Ihre Frauen ständen stundenlang vor den Geschäften um Kartoffeln, Fisch und andere Lebensmittel zu kaufen. Trotzdem hätten sie wochenlang kein richtiges Mittagessen gehabt, weil Kartoffeln oder Fisch nicht zu erhalten gewesen seien. Arbeiter der "Akers mek. Verksted" äusserten, dass sie gerne arbeiten wollten und Unruhen nicht zu befürchten seien, wenn sie genug zu essen hätten. Auf Grund seiner bei den Betriebsappellen gemachten Erfahrungen erklärte Minister Lippestad, dass er sich oft die Frage stelle, ob es überhaupt einen Zweck habe, vor Arbeitern zu sprechen, die einen leeren Magen hätten. Er habe tatsächlich den Eindruck gewonnen, dass viele Arbeiter Hunger leiden und unbedingt etwas Positives in bezug auf die Kartoffel-, Fisch- und Gemüseversorgung geschehen müsse, da man sich sonst leicht an den Fingern abzählen könne, wohin die katastrophale Ernährungslage führen müsse. Er sei davon überzeugt, dass die Arbeitsvertragsbrüche und die Abwanderungen der Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen zu einem Teil auf die schlechte Ernährungslage zurückzuführen seien.

Wie das Sozialdepartement mitteilte, haben mehrere Betriebsleiter sich geweigert, in ihren Betrieben Betriebsappelle abzuhalten mit der Begründung, dass es in Norwegen kein Gesetz gebe, nach welchem sie zur Abhaltung einer Betriebsversammlung gezwungen werden könnten. Schreiben dieser Art sind beispielsweise von der "Standard Telefon og Kabel A/S", der "Skabo Jerbanevogn Fabrik" und der "Myren Verksted" an das Sozialdepartement gesandt worden. Minister Lippestad hat hierauf Direktor Erlandsen vom norwegischen Arbeitgeberverband beauftragt, sämtliche Betriebsleiter (ungefähr 25), die sich geweigert haben, einen Betriebsappell abzuhalten, zu einer Pflichtversammlung am 2.9.42 einzuberufen, auf welcher der Minister in scharfer Form das Verhalten der Betriebsleiter kritisierte und diesen nähere Ausführungen über den Sinn und Zweck von Betriebsversammlungen machte. Alle anwesenden Betriebsleiter erklärten sich gezwungenermassen nunmehr bereit, Betriebsversammlungen anzusetzen.

In Anbetracht der zunehmenden Arbeitsvertragsbrüche und Stimmungverschlechterung der Arbeiterschaft haben in letzter Zeit Besprechungen zwischen Minister Lippestad, Gewerkschaftsleitern, Betriebsführern, Angestellten und Arbeitern stattgefunden, um ein klares Bild über die Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, zu erhalten. Nach hier vorliegenden Berichten wird sowohl im Sozialdepartement als auch bei den Betriebsführern, Arbeitern und Angestellten die Auffassung vertreten, dass insbesondere die derzeitigen Ernährungs- und Lohnverhältnisse die Schwierigkeiten in den Arbeitsverhältnissen verursacht haben. Auf die stimmungsmässigen Auswirkungen der Ernährungsschwierigkeiten wurde bereits hingewiesen. Nach Ansicht des Sozialdepartements sind seit dem 9. April 1940 bis heute die Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie um ungefähr 40 % gestiegen. Es sei möglich, dass diese Zahl zu niedrig ist, da genaue statistische Unterlagen hierüber nicht vorhanden seien. Ein Landarbeiter verdiene heute nicht mehr als 5,90 Kr. pro Tag bei Selbstbeköstigung, und man müsse

verhältnisse allgemein gegen eine Lohnerhöhung sei, es aber einen Lohnausgleich für wünschenswert halte. Es wird hierbei z.B. an die untergeordneten Angestellten mit Monatslöhnen von 90,- bis 200,- Kr. gedacht, an die Holzfäller, die Arbeiter der fischverarbeitenden Industrie, an einzelne Gruppen von Industriearbeitern, die als Facharbeiter weniger verdienen als ungelernte Hilfsarbeiter, und an einzelne Gruppen von Staatsarbeitern, die beim Wegebau usw. eingesetzt sind. Durch eine wesentliche Regulierung der zum Teil schwindelhaft hohen Löhne auf den Baustellen, seien erhebliche Summen eingespart worden, so dass eine gewisse Grundlage für einen Lohnausgleich gegeben erscheine.

In den einzelnen Berichten kommt immer wieder zum Ausdruck, dass sich die geschilderten Lohn- und Ernährungsverhältnisse auf die Arbeitsleistung und Arbeitslust der Arbeiter im hohen Grade auswirken. In einem Bericht aus Oslo heisst es, dass die schlechten Ernährungsverhältnisse für die Arbeiterbevölkerung in den letzten Monaten die Produktion schädigen und eine Verlängerung der Arbeitszeit unter diesen Verhältnissen zu einer Katastrophe führen könnten, wobei auf einen Artikel in der dänischen Zeitung "Politiken" vom 1.9.42 über die "Gleichschaltung der Arbeitsverhältnisse in den besetzten Gebieten" hingewiesen wird, der sowohl im Sozialdepartement als auch in Gewerkschafts- und Arbeiterkreisen eine gewisse Bestürzung verursacht habe. In diesem Artikel heisst es, dass der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, eine Verordnung herausgegeben hat, nach welcher die Arbeitsverhältnisse in den von deutschen Truppen besetzten Ländern, die zugleich auch unter deutscher Verwaltung stehen, dem deutschen Vorbild angepasst werden und einer strengen gleichgeschalteten Leitung unterworfen werden sollen. Nach § 3 der Verordnung sollen die in den besetzten Gebieten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in erster Linie der Zufriedenstellung des kriegswichtigen Bedarfs in Deutschland selbst dienen. Die Arbeit werde je nach Wichtigkeit in 5 Gruppen eingeteilt, wobei an erster Stelle die Arbeiten

sagen, dass ein derartiger Lohn unter dem Existenzminimum liege. Auch seien die Löhne der Waldarbeiter unverantwortlich niedrig. Den Fischern sei durch eine Preiserhöhung seiner Waren geholfen worden, doch sei diese Erhöhung nicht den Fischereiarbeitern zugute gekommen. Obwohl es im Laufe des Jahres 1942 in Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Arbeit und Sozialwesen und dem Sozialdepartement gelungen ist, die Bezahlung von ungesetzlichen Löhnen einzudämmen, werden nach Mitteilung des Sozialdepartements noch immer besonders im Baufach sowohl von deutschen als auch norwegischen Bauleitern Löhne bezahlt, die das Doppelte und Mehrfache ausmachen, als im Tarif festgesetzt ist. Trotz dieser hohen Löhne ist eine ungesetzliche Abwanderung von den Bauplätzen eingetreten. In Kreisen des Sozialdepartements und der Gewerkschaften glaubt man, dass diese Abwanderung ihren Grund zum Teil darin hat, dass die Bauplätze auf sehr abgelegenen und den Witterungsverhältnissen ausgesetzten Stellen liegen, wo die Arbeiter auf Grund der klimatischen Verhältnisse über viele Krankheiten klagen. Teilweise hätten auch die schlechten sozialen Verhältnisse auf den Baustellen die Abwanderung gefördert. Hinzu komme, dass die Belegschaften aus minderwertigen Elementen beständen und viele Arbeiter gegen ihren Willen zu diesen Arbeitsplätzen beordert worden seien. Vom Sozialdepartement werden besonders die Verhältnisse auf dem Flugplatz Lista im Fylke Vest Agder erwähnt, wo sämtliche Arbeiter das dortige Lager als ein Zwangsarbeitslager betrachteten, was im hohen Grade dazu beitrage, eine schlechte Stimmung zu verursachen.

Nach Ansicht des Sozialdepartements und leitender Gewerkschaftskreise hat die Preissteigerung dazu geführt, dass die Löhne vieler Arbeiter nicht einmal ausreichen, die rationierten Waren zu kaufen. Ausserdem habe die starke Reduktion der Reallöhne zu einer Verproletarisierung beigetragen. Es sei daher erforderlich, eine Verbesserung der Löhne vorzunehmen, wobei norwegischerseits hervorgehoben wird, dass das Sozialdepartement in Anbetracht der Kriegs-

verhältnisse allgemein gegen eine Lohnerhöhung sei, es aber einen Lohnausgleich für wünschenswert halte. Es wird hierbei z.B. an die untergeordneten Angestellten mit Monatslöhnen von 90,- bis 200,- Kr. gedacht, an die Holzfäller, die Arbeiter der fischverarbeitenden Industrie, an einzelne Gruppen von Industriearbeitern, die als Facharbeiter weniger verdienen als ungelernte Hilfsarbeiter, und an einzelne Gruppen von Staatsarbeitern, die beim Wegebau usw. eingesetzt sind. Durch eine wesentliche Regulierung der zum Teil schwindelhaft hohen Löhne auf den Baustellen, seien erhebliche Summen eingespart worden, so dass eine gewisse Grundlage für einen Lohnausgleich gegeben erscheine.

In den einzelnen Berichten kommt immer wieder zum Ausdruck, dass sich die geschilderten Lohn- und Ernährungsverhältnisse auf die Arbeitsleistung und Arbeitslust der Arbeiter im hohen Grade auswirken. In einem Bericht aus Oslo heisst es, dass die schlechten Ernährungsverhältnisse für die Arbeiterbevölkerung in den letzten Monaten die Produktion schädigen und eine Verlängerung der Arbeitszeit unter diesen Verhältnissen zu einer Katastrophe führen könnten, wobei auf einen Artikel in der dänischen Zeitung "Politiken" vom 1.9.42 über die "Gleichschaltung der Arbeitsverhältnisse in den besetzten Gebieten" hingewiesen wird, der sowohl im Sozialdepartement als auch in Gewerkschafts- und Arbeiterkreisen eine gewisse Bestürzung verursacht habe. In diesem Artikel heisst es, dass der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, eine Verordnung herausgegeben hat, nach welcher die Arbeitsverhältnisse in den von deutschen Truppen besetzten Ländern, die zugleich auch unter deutscher Verwaltung stehen, dem deutschen Vorbild angepasst werden und einer strengen gleichgeschalteten Leitung unterworfen werden sollen. Nach § 3 der Verordnung sollen die in den besetzten Gebieten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in erster Linie der Zufriedenstellung des kriegswichtigen Bedarfs in Deutschland selbst dienen. Die Arbeit werde je nach Wichtigkeit in 5 Gruppen eingeteilt, wobei an erster Stelle die Arbeiten

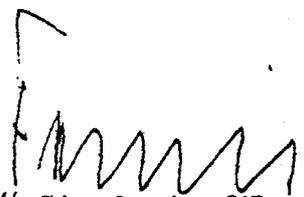
ständen, die für die Wehrmacht und die zivilen deutschen Behörden ausgeführt werden. An zweiter Stelle kämen die deutschen Rüstungsaufgaben, an dritter die Sicherung der Ernährung und landwirtschaftlichen Arbeiten und an vierter Arbeiten handwerksmässiger und industriellen Charakters, die im deutschen Interesse ständen. An letzter Stelle sollten die Arbeiten ausgeführt werden, die im Interesse des betr. Landes lägen.

Nach § 4 werde von den Arbeitern in den besetzten Gebieten prinzipiell der gleiche Arbeitseinsatz gefordert, wie von den deutschen Arbeitern. Die Mindestarbeitszeit sei auf 54 Stunden in der Woche festgesetzt und erforderlichenfalls solle auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden.

Minister Lippestad und führende Gewerkschaftler befürchteten von einer Arbeitszeitverlängerung auf 54 Stunden in der Woche die schlimmsten Auswirkungen auf die Arbeitsleistung, die Arbeitslust und auf die Stimmung der Arbeiter, wenn zuvor nicht ein gewisser Lohnausgleich durchgeführt werden würde und für eine einigermaßen ausreichende Ernährung Sorge getragen würde. Allgemein sei es ja so, dass die in kriegs- und wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter bereits 54 Stunden und mehr arbeiteten, jedoch hierfür einen Überstundenzuschlag erhielten, der bei Erhöhung der Arbeitszeit fortfallen würde.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass man sich nach wie vor mit der Errichtung des Norges Arbeidssamband befasst. Man ist der Ansicht, dass der Übergang zu einer solchen Organisationsform mit einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verbunden sein und so schnell als möglich in Kraft treten müsse. Es sei keine grosse Proklamation erforderlich, sondern diese könnte stattfinden, wenn die neue Organisation bewiesen habe, dass sie in der Lage sei, die sozialen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen.

Die Ankündigung über die Einführung der Arbeitskarte hat in Arbeiterkreisen stärkste Beachtung gefunden. Aus Bergen wird gemeldet, dass sehr viele Arbeiter sich übertriebene Hoffnungen über die Höhe der zusätzlichen Rationen von Fleisch, Milch, Fett, Brot, Tabak, Spirituosen usw. machten. In anderen Berichten wird dagegen darauf hingewiesen, dass viele Arbeiter in Anbetracht der derzeitigen schlechten Ernährungsverhältnisse keine wesentlichen Verbesserungen in der Lebensmittelzuteilung erwarten. Wenn es möglich sein würde, dem Arbeiter in Verbindung mit der Arbeitskarte zusätzliche Lebensmittelrationen zu geben, würde dies, so geht aus den verschiedenen Berichten hervor, wesentlich zu einer Stimmungsverbesserung beitragen. Ausserdem sei zu erwarten, dass die Einführung der Arbeitskarte in Verbindung mit einer zusätzlichen Lebensmittelverteilung eine erhebliche Verminderung der Arbeitsvertragsbrüche zur Folge haben werde.


4-Standartenführer.

A n l a g e I.

In einem durch die Dienststelle Drontheim erfassten Brief einer norwegischen Lehrerin an eine andere heisst es u.a.:

"Ich möchte etwas mit Ihnen besprechen und versuche, darüber zu schreiben. Es betrifft die Frage unserer Schularbeit und die Lehrer, die in Kirkenes sind. Wir Lehrerinnen haben davon gesprochen - und die Lehrer hier scheinen der gleichen Meinung zu sein -, dass wir mit dem Unterricht im Herbst nicht mit gutem Gewissen beginnen können, wenn sie weiterhin im Norden bleiben müssen. Gleichzeitig meinen wir, dass wir nicht beginnen können, auf keinen Fall nicht, bevor wir nicht einen Versuch gemacht haben, ihnen zu ihrer Freilassung zu verhelfen und mindestens wissen, was mit ihnen geschieht. (Ja, das können wir wohl nicht). So haben wir wohl alle im Sommer gedacht. Und wenn der Tag kommt, müssen wir dennoch beginnen. - Hier ist er auf den 31 August angesetzt.

Wir wollen gern wissen, was sie in der Stadt machen. Wenn wir ihretwegen nicht streiken können oder dürfen, dann müssen wir wohl darum bitten können, dass sie befreit werden. Das ist wohl ein kleiner Nutzen, den wir unserm Gewissen erweisen können, da wir wohl, wenn wir im Herbst beginnen, ein schlechtes Gewissen haben werden. In der Stadt sind sie uns immer voran, wir denken daran und besprechen uns, wenn etwas getan werden soll. Aber wir sind nur wenige und möchten gern wissen, was die andern denken und tun, ehe wir etwas anfangen. Könnten Sie mir ein paar Worte schreiben? Es ist doch wohl nicht "gefährlich", darüber zu schreiben? Die Briefe werden jetzt selten geöffnet.

Zuletzt hörten wir von Kirkenes von einem Mann, der am letzten Sonnabend von dort kam, einem Verwandten einer der hiesigen Lehrerinnen. Er war am 18. Juli von Kirkenes abgereist - er fuhr mit dem Autobus bis nach Mosjøen - und als er abfuhr, waren die Lehrer noch da.

Wa

Ervinges veltid for enstær.
Værker i den B.H.V. geeiget.

(Uendvædse uendvædse uendvædse
vædveid, sene dæd vi uendvædse
wegen an die Hand dædveidveidveid
vædveid)

~~Uendvædse uendvædse~~
xl. 11/19

~~Uendvædse uendvædse~~
3/19

S. 12 + 14
S. 16 om 22. 7. 44.
- s. 18 ff. l.
S. 24-29.